

BOSNA I HERZEGOWINA (BIH) / BOSNIEN UND HERZEGOWINA

Slezak, Gabriele; Martin Prochazka
Juni 2007

1. Auflage 2007



Quelle: Munzinger-Archiv Online

Inhalt

ZUSAMMENFASSENDE ÜBERBLICK

ENTWICKLUNGSGRUNDLAGEN UND -PERSPEKTIVEN

BILATERALE BEZIEHUNGEN ZU ÖSTERREICH

ANHANG

VERWENDETE UND WEITERFÜHRENDE LITERATUR

ZUSAMMENFASSENDE ÜBERBLICK	3
Geographie	3
Geschichte	3
Herausforderungen des Daytoner Friedensabkommen	4
Annäherung an die EU	4
Aktuelle politische Lage	5
Außenpolitische Beziehungen	5
ENTWICKLUNGSGRUNDLAGEN UND -PERSPEKTIVEN	6
BASISDATEN	6
Überblick zu Entwicklungsgrundlagen und -perspektiven	8
Konsolidierung des Friedens	8
Entwicklungshemmnisse	9
Nationale Armutsbekämpfungsstrategie	9
Bildungssystem	10
Gesundheitssystem	10
Menschenrechte	11
Verwaltung	11
Wirtschaft	12
Beschäftigung	13
Außenhandel	13
Ausländische Direktinvestitionen	13
Internationale Entwicklungszusammenarbeit	14
BASISDATEN	14
Europäische Sicherheitspolitik	14
Stabilitätspakt für Südosteuropa	15
Geberpolitik und nationale Strategie	15
Schweden	16
USA	16
Deutschland	17
Österreich	18
Japan	18
Europäische Union	18
IDA-Weltbank	19
BILATERALE BEZIEHUNGEN ÖSTERREICH-BOSNIEN HERZEGOWINA	22
Überblick	22
Die Beziehungen zwischen Österreich und Bosnien-Herzegowina Historischer Rückblick	22
Humanitäre Hilfe aus Österreich	23
Das Engagement der Republik Österreich in Bosnien-Herzegowina	23
Zusammenarbeit im universitären Bereich	24
Entwicklungszusammenarbeit	25
BASISDATEN	25
Programmatischer Hintergrund	25
Beteiligung am Wiederaufbauprogramm	25
Flüchtlingsbetreuung in Österreich	26
Projektarbeit vor Ort	26
Friedenssicherung	26
Zusammensetzung der ODA	26
Aktueller Stand	27
ODA Österreichs an Bosnien und Herzegowina seit 1995	28
Aktuelles Landesprogramm der OEZA 2005-2007	30
Schwerpunktsektoren der OEZA	30
Konkrete Programme und Projekte in Bosnien und Herzegowina	32
Private Entwicklungszusammenarbeit	36
Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und Bosnien-Herzegowina	37
ANHANG	40
Wichtige Adressen	40
Wichtige Webadressen	40
VERWENDETE UND WEITERFÜHRENDE LITERATUR	41

ZUSAMMENFASSENDER ÜBERBLICK

Bosnien und Herzegowina liegt in Südosteuropa, mit den Nachbarn Serbien und Montenegro im Osten und Kroatien im Norden, Süden und Westen. Der aktuelle Staat ging aus dem Zerfall des ehemaligen Jugoslawiens und dem nachfolgenden Konflikt von 1992 hervor. In Übereinstimmung mit dem Friedensabkommen von Dayton aus dem Jahr 1995 ist seitdem Bosnien und Herzegowina (Bosna i Hercegovina - BiH) ein Staat, der aus zwei politischen Entitäten besteht. Einerseits umfasst die Föderation (Federacija Bosna i Hercegovina, FBiH) die vorwiegend bosniakischen (muslimischen) wie kroatischen Mehrheitsgebiete andererseits repräsentiert die Republika Srpska vorwiegend die serbischen Mehrheitsgebiete. Die Föderation erstreckt sich über die westlichen Gebiete und das Zentrum des Landes. Die nordöstlich gelegenen Gebiete sind mit einer Straße mit der östlichen Enklave Goražde verbunden. Die Republika Srpska umfasst die restlichen 49% des Staatsgebiets, entlang der östlichen Landesgrenze und im Norden rund um die Stadt Banja Luka und die bosnische Krajina. Aufgrund der großen Bedeutung des Binnenhafens Brčko wurde dieser 1999 zu einem neutralen Gebiet mit einer gemeinsamen Verwaltung von Bosniaken, Serben und Kroaten erklärt und unter internationaler Kontrolle dem Gesamtstaat als selbständiger Distrikt unterstellt.

Geographie

Geographisch umfasst der Staat BiH zwei historisch, landschaftlich und klimatisch verschiedene Teile. Bosnien ist im Norden zur Save-Ebene (Posavina) geöffnet, nach Süden hin schließt ein Hügelland, das bosnische Erzgebirge und eine Hochkarstzone an. Die Flüsse (Una, Vrbas, Bosna, Drina) entwässern hier über die Save zur Donau. Entlang der Save, die im Norden die Landesgrenze bildet, bestehen fruchtbare Niederungen. Im Süden liegt die Hauptstadt Sarajevo. 2. Die Herzegowina (rd. 9.100 km²) nimmt den Süden des Landes ein und entspricht ca. 18% der gesamten Staatsfläche. Ihre Hauptstadt ist Mostar. Sie ist meist Karstgebiet, aber mit fruchtbaren Senken. Der einzige Fluss, der die dinarische Gebirgskette bis zur Adria durchbricht, ist die Neretva. Nördlich der Hafenstadt Dubrovnik (Kroatien), gegenüber der Halbinsel Pelješac, hat die Herzegowina auf 24 km einen kurzen Zugang zur Adria. Typisch für ganz Bosnien und Herzegowina sind viele Schluchten sowie mit Ausnahme der Hochkarstzone Laub- und Mischwälder (über 45 % der Gesamtfläche; Herzegowina: 90 %). Die zentrale Gebirgsmasse ist meist aus Schiefer und Sandstein, im Westen und Süden aus Kalken aufgebaut.

Geschichte

Das heutige Gebiet von Bosnien und Herzegowina wurde im 8. bis 5. Jh. v. Chr. von Illyrern bewohnt. Nachdem das Balkangebiet über fünf Jahrhunderte unter römischer Herrschaft stand, kam es zur Einwanderung der Slawen zwischen dem 6. und 7. Jh. und in weiterer Folge zur einige Jahrhunderte andauernden Christianisierung. Bis Ende des 11. Jh. gehörte es mit kurzen Unterbrechungen zum kroatischen Reich. * Im 12. und 13. Jahrhundert entwickelte sich das Land unter bosnischen Herrschern autonom. Ab 1377 expandierte das mittelalterliche Bosnien, in dem drei christliche Kirchen („bosnische“, römisch-katholische und orthodoxe) nebeneinander wirkten, nach Osten, Westen sowie Süden und erreichte seinen Höhepunkt an politischer Macht und territorialer Größe. 1463 wurde es Teil des Osmanischen Reiches, der „bosnische Sandschak“ eingerichtet und der Prozess der Islamisierung in der bosnischen Bevölkerung beschleunigt. Auf dem Berliner Kongress 1878 bekam Österreich-Ungarn das Mandat das Gebiet Bosnien-Herzegowina zu besetzen bzw. zu verwalten und das Gebiet „Novopazarski Sandžak“ der Leitung des Osmanischen Reichs zu überlassen. Die bosnische Armee, hauptsächlich aus Bosniaken, aber zum Teil auch aus bosnischen Serben bestehend, übte starken Widerstand gegen die österreichisch-ungarische Herrschaft aus. Die Annektierung Bosniens, die 1908 auch erreicht wurde, war von Anfang an das Ziel Österreich-Ungarns. 1918 wurde BiH in die Vereinigung des neu gegründeten Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen aufgenommen. 1943 wurde BiH als eine der politisch und administrativ gleichberechtigten föderalen Einheiten der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien gegründet. Damit war es eine politisch gleichberechtigte föderale Republik Jugoslawiens, wobei besondere Aufmerksamkeit auf die Gleichberechtigung aller Völker und nationalen Minderheiten gelegt

wurde. In der kommunistischen Periode Jugoslawiens erzielte BiH große wirtschaftliche, soziale und kulturelle Fortschritte. Im Zuge des Zerfalls der „Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien“ (SFRJ) nützte BiH die Möglichkeit seine staatliche Selbstständigkeit durch ein von den Serben boykottiertes Referendum zu erlangen. Am 29.2.1992 sprachen sich über 65 % der Wähler für ein unabhängiges BiH innerhalb der Grenzen der bisherigen Teilrepublik aus. Die Unabhängigkeit wurde von der UNO international staatlich anerkannt. Der internationalen Anerkennung folgte ein blutiger Krieg, der bis 1995 dauerte und erst durch militärischen NATO-Einsatz beendet wurde. (Quelle: Enzyklopädie des Europäischen Ostens der Universitäten Klagenfurt und Graz)

Herausforderungen des Daytoner Friedensabkommen

Die Folgen dieses Krieges waren 278.000 Tote und Vermisste, 1,3 Mio. Flüchtlinge und Vertriebene. Das Land kämpft nach wie vor mit den strukturellen Defiziten des Daytoner Friedensabkommens von 1995 und insbesondere mit den schwachen gesamtstaatlichen Strukturen. Der Krieg hatte zudem nachhaltig gravierende Auswirkungen auf die demografische, gesundheitliche und wirtschaftliche Situation des Landes.

Mit dem Daytoner Friedensvertrag in Paris wurden 1995 die Grundsäulen der staatlichen Ordnung in Bosnien und Herzegowina festgesetzt: ein einheitlicher und politisch unabhängiger Gesamtstaat Bosnien-Herzegowina (BiH), bestehend einerseits aus der Föderation (FBiH) und andererseits der Republika Srpska (RS), wobei die Gesamtverantwortung für die politisch-zivile Implementierung des Friedensabkommens beim UN-Mandatar, dem Hohen Repräsentanten (OHR) blieb. Ihm übergeordnet wurde ein Lenkungsausschuss eingerichtet, das „Peace Implementation Council“ (PIC), das Vertreter aus 55 Ländern und Behörden – unter ihnen die USA und Russland, die Länder der Europäischen Union, die NATO, der Internationale Währungsfonds, die OSZE und die Vereinten Nationen. Der OHR und sein Büro verfügen über umfassende exekutive und legislative Vollmachten. Militärisch wurde die Trennung der Kriegsparteien und die Stabilisierung der Sicherheitslage unter der Führung der NATO von Ende 1995 an zunächst durch die IFOR und ab Ende 1996 durch die „stabilisation force“ SFOR gewährleistet. Seit Ende 2004 ist die durch die EU-geführte EUFOR mit der Aufgabe betraut, die Fortschritte für Frieden und Stabilität im Friedensprozess zu konsolidieren. Im April 2007 kündigte die EU an, angesichts der aktuellen Sicherheitslage in Bosnien und Herzegowina die Truppen um die Hälfte zu reduzieren. Die geplante Schließung des OHR wurde allerdings auf Juni 2008 mit der Begründung verschoben, dass durch den Wegfall der Instanz des Hohen Repräsentanten die dringend notwendigen Verfassungs- und Verwaltungsreformen gefährdet werden könnten. De facto gleicht die Situation in Bosnien und Herzegowina daher derzeit noch immer in vielerlei Hinsicht einem internationalen Protektorat. (Quelle: Landesprogramm der Österreichischen Ostzusammenarbeit Bosnien und Herzegowina 2005-2007)

Annäherung an die EU

Der volle EU-Beitritt ist erklärtes Ziel aller Regierungen und der Bevölkerung Bosnien und Herzegowinas. Die schrittweise Annäherung stellt einerseits eine Chance, andererseits auch große Herausforderungen für das Land dar. Im Jahr 2000 wurde von der EU der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP) ins Leben gerufen. Der SAP zielt auf eine schrittweise Umsetzung des Rechtsnormenbestands der EU, die Abschaffung von Handelsbarrieren sowie eine enge Zusammenarbeit zwischen den Ländern des Westbalkan ab. Doch für den vom Krieg noch stark gezeichneten Staat ist der Start der Verhandlungen des EU-Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens (SAA) mit großen Schwierigkeiten verbunden. Ein Schritt auf dem Weg der Integration BiHs in die euro-atlantischen Strukturen wurde jedoch Mitte Juli 2005 durch die Vereinbarung über die Zusammenlegung der Streitkräfte erreicht, wodurch die militärische Teilung des Landes überwunden werden sollte. Derzeit konzentriert sich die Regierung darauf, möglichst rasch die Grundlage für ein gestärktes Bosnien und Herzegowina zu schaffen, das die Kriterien für den Abschluss und die Umsetzung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens erfüllen kann, um zu gegebener Zeit die Aufnahme in die Europäische Union zu beantragen.

Aktuelle politische Lage

Die heutige Staatsform ist ein demokratischer Bundesstaat mit zwei starken konstitutiven Landesteilen, der bosniakisch-muslimischen BosnierInnen sowie der serbischen BosnierInnen. Das dreiköpfige Präsidium wird alle 2 Jahre gewählt, der Vorsitz wechselt alle 8 Monate. Das Parteiensystem in Bosnien und Herzegowina ist durch starke Zersplitterung gekennzeichnet. Neben den traditionell wichtigen nationalistischen Hauptparteien der drei Ethnien (SDA, SDS BiH, HDZ BiH) spielen etliche weitere Parteien eine Rolle. Am 1. Oktober 2006 fanden allgemeine Wahlen statt, dabei wurde eine neue Präsidentschaft für die nächsten vier Jahre mit drei Mitgliedern, die Präsidentschaft der Republik Srpska sowie das Staatliche (BiH) und kantonale Parlamente gewählt. Die Wahlbeteiligung lag bei 52,74%. Den OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) zufolge bedeuteten die jüngsten Wahlen 2006 einen Fortschritt bei der Konsolidierung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Im Parlament der Entität der Föderation BiH ist die Partei der Demokratischen Aktion (SDA) die stimmenstärkste, es folgen die Partei für Bosnien-Herzegowina des neuen Präsidiumsmitgliedes Silajdžić als zweite und die Sozialdemokratische Partei (SDP) als dritte. Der Präsident der Entität Republika Srpska ist Milan Jelic vom Bündnis unabhängiger Sozialdemokraten (SNSD). Im Parlament der Republika Srpska ist diese Partei (SNSD) auch die stimmenstärkste, es folgt die Serbische Demokratische Partei (SDS). Alle anderen Parteien bekamen weniger als 10% der Stimmen. Im gesamtstaatlichen Parlament, dem Repräsentantenhaus, stellen Parteien aus der Föderation 28, die aus der „Republika Srpska“ 14 Mandate. (Quelle: Länderbericht zu Bosnien und Herzegowina der Konrad Adenauer Stiftung)

Nebojša Radmanovic , Haris Silajdžić und Željko Komšić übernahmen bei der Amtseinführung in Sarajevo die Funktion der Präsidiumsmitglieder BiHs. Im Einklang mit dem Gesetz wird Nebojša Radmanovic als erster dem Präsidium BiHs für die nächsten acht Monate vorsitzen. Radmanovic rief zu gemeinsamen Bemühungen bei der Überwindung der belastenden Vergangenheit auf und sprach sich für eine weiterhin starke Unterstützung durch die Internationale Gemeinschaft aus.

In der konstituierenden Sitzung des Parlaments BiHs wurde Beriz Belkic, SBiH, zum neuen Vorsitzenden des Abgeordnetenhauses gewählt. Zu seinen Stellvertretern wurden Milorad Živkovic , SNSD, und Niko Lozancic, HDZ BiH, gewählt. Belkic war bereits zwischen 2001 und 2002 Präsidentschaftsmitglied. Nikola Špiric, aus dem SNSD, wurde zum neuen Vorsitzenden des Ministerrats gewählt. Übergeordnetes Ziel seiner Arbeit soll die Unterzeichnung des Abkommens über Stabilisierung und Assoziierung mit der EU sein.

Außenpolitische Beziehungen

Die Versöhnungsarbeit in BiH aber verlangt von den Bürgern Serbiens, Montenegros, Kroatiens und Bosnien-Herzegowinas den enormen Beitrag, sich mit den verschiedenen Dimensionen der Kriege und Bürgerkriege der 90er Jahre intensiv auseinanderzusetzen.

So herrschte bei der Mehrheit der Bürger BiHs Enttäuschung über die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs (IGH) im Februar 2007, 14 Jahre nach Einreichen der Klage der damaligen Republik Bosnien-Herzegowina gegen das ehemalige Jugoslawien Serbien vom Vorwurf des Völkermordes freizusprechen.. BiH hatte sich in dieser Klage auf die UN-Konvention über Verhütung und Bestrafung des Völkermordes von 1948 berufen. Erstmals hatte der IGH über die Anwendung dieser Konvention zu urteilen. Das Gericht erklärte Serbien jedoch für schuldig, die Verpflichtung aus der Konvention, den Völkermord zu verhindern, im Falle von Srebrenica verletzt zu haben.

Eine Vielzahl von internationalen Organisationen ist am Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates beteiligt. Als erste ist das Büro des Hohen Repräsentanten (OHR) zu nennen, dem die Hauptaufgabe der internationalen Gemeinschaft, die Überwachung der Umsetzung des Friedensabkommens von Dayton, obliegt. Am 03.07. 2007 trat der bisherige slowakische Botschafter in Belgrad Miroslav Lajčák dieses Amt als Nachfolger des deutschen Christian Schwarz-Schilling an. Nach wie vor ist die Stabilisierung des Friedens und des Wiederauf-

baus durch eine ausländische Truppenpräsenz notwendig. Diese Aufgabe wurde von der Stabilisation Force (SFOR) wahrgenommen, die etwa 12.000 Soldaten und Soldatinnen umfasst. Für die militärische Umsetzung des Dayton-Abkommens waren die SFOR-Truppen der NATO zuständig. Im Dezember 2004 wurde das Mandat der NATO beendet bzw. abgewandelt. Seitdem wird die Sicherheitspräsenz von der EU-geführten EUFOR gestellt, deren Truppenstärke ebenfalls 7.000 Soldaten umfasst. Die Kommission der Europäischen Union ist mit einer größeren Delegation in BiH vertreten. Die EU unterstützt den Staat in Bereichen wie z.B. Justizreform, Polizeizusammenarbeit, Finanzen, Wirtschaft, Umweltschutz, Flüchtlingsrückkehr und Heranführung an die europäischen Strukturen. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) unterhält im Land eine ihrer größten Feldmissionen. Zu ihrem Mandat zählen die Förderung der Demokratie, die Überwachung der Wahrung der Menschenrechte, die Koordinierung der Erziehungsreformen und eine enge Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit. Das Sekretariat des Europarates ist mit einem Büro in Sarajewo vertreten, Hauptaufgabe ist die Überwachung der Einhaltung der von BiH beim Beitritt eingegangenen Verpflichtungen.

Das UN-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) registrierte bis Ende 2003 985.000 Rückkehrer in ihre alten Heimatorte. Ende 2002 gab es in Bosnien und Herzegowina noch 368.000 Binnenflüchtlinge bzw. -vertriebene. Ca. 100.000 Flüchtlinge und Vertriebene befinden sich noch in Serbien und Montenegro, ca. 20.000 in Kroatien, weitere 100.000 im westlichen Europa. In Bosnien und Herzegowina lebten Ende 2002 34.200 Flüchtlinge aus anderen Ländern (22.000 aus Kroatien). (Quelle: Munzinger 2006)

*Geographisch wurde Bosnien Ende des 10. Jahrhunderts zum ersten Mal erwähnt .

ENTWICKLUNGSGRUNDLAGEN UND -PERSPEKTIVEN

BASISDATEN

Fläche: 51.129 km² (z.T. Hochgebirge) (Munzinger Archiv 2005, EIU 2006)

Bevölkerung: ca. 4,1 Mio. Einwohner (kein aktueller Zensus verfügbar), davon 68% in der Föderation und 32% im Landesteil Republika Srpska; 2004: 3,9 Mio. (Europa Publications 2007/ UNDP 2007)

Bevölkerungswachstum: 1975-2004: 0,1% (UNDP 2006)

Bevölkerungsdichte: 85,3 Einw./km² , (Munzinger 2005)

Verstädterung: 2004: 45,2% (UNDP 2006);

Intern Vertriebene: 2005: 183.000 (UNDP 2006)

Flüchtlinge: 2005: 110.000 (UNDP 2006)

Alphabetisierungsrate: 2004: 96,7% der über 15 Jährigen (UNDP 2006)

Einschulungsrate: Kombinierte Einschulungsrate: 67% (UNDP 2006)

Öffentliche Ausgaben für das Gesundheitswesen: 2003: 4,8% des BSP (UNDP 2006);

Gesamte Ausgaben für das Gesundheitswesen 2004 : 8.3% des BIP (WHO 2006)

Lebenserwartung: 2004: 74,3 Jahre (UNDP 2006); 2000-05: 13,6% haben bei ihrer Geburt eine Lebenserwartung, die unter 60 Jahren liegt. (UNDP 2006).

Kindersterblichkeitsrate: 2004: 15 Kinder unter 5 Jahren pro 1.000 Lebendgeburten (UNDP 2006)

Müttersterblichkeitsrate: 2004: 31 Mütter pro 1.000 Lebendgeburten (UNDP 2006)

Gesundheitsversorgung: 1990-2004: 134 Ärzte pro 100.000 Einwohner (UNDP 2006)

HIV/Aids Infektionsrate: 2005: 0,1% der 15-49 Jährigen (UNDP 2006)

Ernährung: 2001/03: 9% der Bevölkerung sind unterernährt (UNDP 2006), 1996-2004: 4% der unter 5 Jährigen sind untergewichtig (UNDP 2006)

Zugang zu sauberem Wasser: 2004 hatten 97% der Einwohner Zugang zu sauberem Trinkwasser und 95% der Einwohner hatten Zugang zu sanitären Einrichtungen (UNDP 2006)

Ausgaben für Militär: 2004 : 2,5% des BIP (UNDP 2006)

Human Development Index (HDI): 2004: 62 Rang von 177, mit einem Index v. 0,800 (max. 1,0) (UNDP 2006)

Gender Related Development Index (GDI): 2004: o.A. (UNDP 2006)

Bevölkerung unter der Armutsgrenze-Human Poverty Index (HPI-1):

2004: o.A. (UNDP 2006); % de Bevölkerung lebten mit einem Einkommen von weniger als \$ pro Tag.

Gini-Index: 2001: 26,2 (wobei der Wert 0 eine ausgewogene Einkommensverteilung anzeigt (UNDP 2006)

BIP: 2004: 8,5 Mrd. US\$ (UNDP 2006)

BIP (PPP US \$) 2004: 27,5 Mrd. US \$ (UNDP 2006)

BIP/Kopf: 2004: 2.183 US \$ (UNDP 2006)

BSP/Kopf: 2004: 7.032 (PPP US\$) (UNDP 2006)

BIP/Kopf Wachstum: 1990-2004: 12%

Inflation (Consumer Price Inflation): 2004: -2,2%

Beschäftigung: In Bosnien-Herzegowina erhöhte sich die Arbeitslosenquote trotz des soliden Wachstums, die registrierte Arbeitslosenquote lag Ende 2005 bei 46%. (Munzinger Archiv 2006)

Währung: 1 Euro (EUR) = 1.95557 Konvertibilna Marka (BAM) (fester Wechselkurs) (Mai 2007)

Ausländische Direktinvestitionen: 2004: 7,2% des BIP

Verschuldung: 2005: 2,1 Mrd. US\$ (WIFO 2006); 29 % des BIP (EU 2005)

Schuldendienst: 2004: entspricht 2,1% des BIP entspricht 4,2% der Exporte von Gütern und Dienstleistungen (UNDP 2007)

(Mai 2007)

Ausländische Direktinvestitionen : 2004: 7,2% des BIP

Verschuldung: 2005: 2,1 Mrd. US\$ (WIFO 2006); 29 % des BIP (EU 2005)

Schuldendienst: 2004: entspricht 2,1% des BIP entspricht 4,2% der Exporte von Gütern und Dienstleistungen (UNDP 2007)

Quellen: Länderprofil zu Bosnien und Herzegowina von PRSP-Watch.de
<http://www.prsp-watch.de/>

UNDP, Human Development Report 2006, New York , 2006
<http://hdr.undp.org/hdr2006/report.cfm>

Munzinger-Archiv/IH-Länder aktuell, 2006

Europa Publications 2007 Bosnia and Herzegovina

http://ec.europa.eu/enlargement/bosnia_and_herzegovina/economic_profile_de.htm (Stand April 2007)

WHO-Indicators for Bosnia and Herzegovina 2007

<http://www.who.int/whosis/database/country/compare.cfm?country=BIH&indicator=TotEOHPctOfGDP&language=english>

WIFO-Studie zu Bosnien und Herzegowina, 2006 http://www.wiwi.ac.at/pdf/rpg_may06.pdf

Überblick zu Entwicklungsgrundlagen und -perspektiven

Die Situation in Bosnien und Herzegowina zwölf Jahre nach Beendigung des Krieges ist weiterhin schwierig. Das Land leidet an den strukturellen Defiziten des Daytoner Friedensabkommens und insbesondere an den schwachen gesamtstaatlichen Strukturen. Die Fragmentierung des Staates führt zu Überbürokratisierung, Ineffizienz und Reformstau. Während die makroökonomische Situation stabil ist, kann der wirtschaftliche Transformationsprozess in vielen Bereichen nur schrittweise realisiert werden.

Der Krieg von 1992–95 hatte gravierende Auswirkungen auf die Lebensumstände der Bevölkerung. Die Zahl der Todesopfer betrug fast 200.000 Einwohner, die Zahl der Verletzten bewegt sich zwischen 170.000 und 240.000 (darunter 25.000 mit dauerhafter Invalidität), mindestens 16.000 Kinder starben in dem Konflikt und etwa 40.000 weitere wurden verletzt. 75 % der Infrastruktur in Städten und Dörfern wurde zerstört oder beschädigt und die größte Zahl der Einwohner floh während des Krieges. Einige hunderttausend Menschen leben noch immer als Flüchtlinge außerhalb des Landes. Eine Folge der „ethnischen Säuberungen“ ist die weitgehend **homogene Bevölkerungsverteilung** (https://claroline.uni-klu.ac.at/eoo/index.php/Bosnien_und_Herzegowina#Bev.C3.B6lkerung), die heute in BiH dominiert. Serben leben nun hauptsächlich im Nordwesten Bosniens im Raum Banja Luka bis Prijedor. Dieses Gebiet ist durch den Korridor bei Brcko (Posavina) mit dem östlichen Teil Bosniens (Bijeljina - Zvornik - Srebrenica - Foca - Trebinje) verbunden, der zur Entität Republika Srpska gehört. Kroaten leben vornehmlich in der Herzegowina und im Hinterland der Adria (Raum Livno - Drvar) sowie in zwei Exklaven in der Posavina (Orašje und Odžak) und in Mittelbosnien. Bosniaken überwiegen in Zentralbosnien und Sarajewo sowie in den Städten Travnik und Zenica und zwischen Tuzla – Mostar. Ebenfalls bosniakisch ist der äußerste Nordwesten des Landes (Raum Bihac - Sanski Most). Der Krieg brachte auch eine massive Verstärkung mit sich.

Konsolidierung des Friedens

Die politischen Ziele der nationalistischen Kräfte haben sich seit 1995 nicht wesentlich geändert. Manche Bevölkerungsgruppen würden einer Teilung von Bosnien und Herzegowina und dem Anschluss ihrer ethnischen Mehrheitsgebiete an die jeweilige „Mutternation“ den Vorzug vor dem fortgesetzten Aufbau eines gemeinsamen Staates geben. Der Nationalismus als Instrument der Machtpolitik hat daher noch nicht ausgedient, da es den beherrschenden oder zersetzenden Kräften im Land nach wie vor nützt, das Misstrauen zwischen den Bevölkerungsgruppen zu schüren. Andere wieder haben eine positive Einstellung zum Staat Bosnien und Herzegowina (BiH) und wollen diesen einheitlichen Staat beibehalten. (Quelle: Munzinger 2006) Durch die Konsequenzen des Krieges und die aktuell gültige in der Verfassung verankerte Dreiteilung des Staates entstand in der Bevölkerung ein spezifisches Konzept des Begriffs „ethnische Minderheit“. Alle drei konstituierenden Parteien repräsentieren jeweils eine bestimmte Bevölkerungsgruppe, die zwar in Summe zu den „ethnischen Mehrheiten“ gehören, im Einzelfall aber Minderheiten in Gebieten der jeweils anderen konstituierenden Bevölkerungsgruppen darstellen. Eine Zusammenarbeit und Reintegration der unterschiedlichen Gruppen vollzieht sich nur sehr langsam, nicht zuletzt weil der komplizierte Apparat der Institutionen mit sich z. T. überschneidenden Kompetenzen die Zusammenarbeit beeinträchtigt. Da durch Dayton teilweise ethnische und religiöse Grenzen politisch und geografisch zementiert wurden und das System den **drei ethnischen Gruppen** (<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2007-0077+0+DOC+XML+V0//DE>) nur wenig Zusammenarbeit abverlangt, identifizieren sich nur Wenige mit dem Staat Bosnien und Herzegowina.

In diesem Sinne wird auf politischer Ebene zunehmend die Frage thematisiert, wie die strikte ethnische Teilung des Landes überwunden werden kann, um seine Strukturen zu reformieren und für die Gesellschaft flexibler zu gestalten. Zwar konnte sich ein Mehrparteiensystem in Bosnien seit dem Ende der kommunistischen Herrschaft nicht zuletzt wegen der nationalen Konflikte fest etablieren. Zugleich leidet das politische System aber an mangelndem Konsens der drei Nationen Bosniens und wird nur durch massive externe Interventionen stabilisiert. Dieses Thema berührt auch die geopolitische Frage im Zusammenhang mit der Sicherheit und Stabilität Gesamteuropas. Die Erweiterungsagenda der EU sieht nämlich

im Zeitraum 2006-2007 vor, eine Übernahme größerer Eigenverantwortung für die **Staatsführung in Bosnien und Herzegowina** (http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/laendergutachten/ostmittel_suedosteuropa/BosnienHerzegowina.pdf) zu unterstützen.

Entwicklungshemmnisse

Während Bosnien und Herzegowina auf makroökonomischer Ebene in den vergangenen Jahren beachtliche Erfolge erzielte – unter anderem eine stabile Währung, kaum Inflation, Konsolidierung des Bankensektors –, sind die generellen wirtschaftlichen Aussichten für die Menschen vor Ort weiterhin schlecht. Mangelnde Rechtssicherheit, Überbürokratisierung, Reformstau, Kapitalmangel, das fast völlige Fehlen eines produktiven Sektors und einer gemeinsamen Wirtschaftsstrategie kennzeichnen die wirtschaftliche Situation. Das Ergebnis sind niedrige Wachstumsraten, ein steigendes Außenhandelsdefizit und eine regional unterschiedliche Arbeitslosenrate zwischen 20 % und 40 %. Das Pro-Kopf-Einkommen und der volkswirtschaftliche Output haben noch nicht den Vorkriegsstand erreicht. Der jüngste nationale UNDP-Bericht für BiH zeigt, dass im Jahr 2004 rund ein Fünftel der Bevölkerung unter der nationalen Armutsgrenze lag. Ein wichtiger Aspekt dabei scheinen die regionalen Unterschiede zu sein, zum einen lag der HDI Index der Föderation FBiH um 1,5% höher als für den Landesdurchschnitt, zum anderen lag aber der HDI Index für die Republik Srpska deutlich darunter. (Quelle: **National Human Development Report 2007**) (<http://www.undp.ba>) Der Index für ökonomische, politische und soziale Sicherheit fällt hinter den meisten anderen südosteuropäischen Ländern zurück, wenngleich UNDP in den vergangenen Jahren einen leichten Anstieg im „Human Development Index“ verzeichnete.

Nationale Armutsbekämpfungsstrategie

Den wichtigsten mobilisierenden Faktor in Bosnien und Herzegowina stellt zweifellos die Perspektive der vollen EU-Integration dar. Der 2000 von der EU initiierte Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP) zielt auf eine schrittweise Umsetzung des Rechtsnormenbestands der EU, die Abschaffung von Handelsbarrieren sowie eine enge Zusammenarbeit zwischen den Ländern des Westbalkan ab. Instrumente des SAP sind der Abschluss eines Stabilisierungs und Assoziierungsabkommens (SAA), das Außenhilfeprogramm CARDS, asymmetrische Handelspräferenzen und politischer Dialog. Dieser Prozess bildet den eigentlichen Rahmen für die Umsetzung für die nationalen Entwicklungspläne des Landes. Bosnien-Herzegowina gehört nicht zu den HIPC-Ländern, verfasste aber ein PRSP, um in Zukunft vergünstigte Kredite von der Weltbank bekommen zu können. Im Oktober 2002 legte es sein Interim-PRSP vor und verabschiedete im März 2004 sein umfassendes Entwicklungsprogramm – die sogenannte **Mid Term Development Strategy / Poverty Reduction Strategy Paper (2004-2007)** (http://siteresources.worldbank.org/INTPRS1/Resources/Country-Papers-and-JSAs/bosnia_prsp.pdf) vor. Kernbereiche des PRSP sind die Stärkung des Privatsektors, die Stärkung des Finanzsektors, intensivierete Privatisierungs- und Antikorruptionsbemühungen, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und die Förderung des Außenhandels. Maßnahmen diesbezüglich sind die Verbesserung der Rahmenbedingungen für lokale und ausländische Investitionen, die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums sowie die Angleichung an EU-Standards und die Abschaffung bürokratischer Hindernisse. Besondere Aufmerksamkeit widmet das PRSP dem Sozialsystem, insbesondere der Pensionsproblematik, dem Bildungssektor (Orientierung an der Bologna- und der Lissabonerklärung) und dem Gesundheitsbereich; weiters der Land- und Forstwirtschaft, dem Wasserbereich (River-Basin -Ansatz) und dem Umweltbereich (Orientierung am National Environmental Action Plan). Neben der Modernisierung der Transport- und Telekominfrastrukturen setzt das PRSP auf Potenziale in den Industriesektoren Holz, Textil, Leder, Metall und Nahrungsmittel sowie Energie, Tourismus und Informationstechnologien.

Bildungssystem

Das Bildungssystem, das unter kommunistischer Herrschaft stark ausgebaut und zugleich stark ideologisiert war, wurde durch den Krieg stark beschädigt. Ein Großteil der Schulen in der Föderation wurde während des Krieges zerstört. Dank finanzieller Mittel der internationalen Gemeinschaft konnten alle Schulen beinahe gänzlich instand gesetzt werden. Das gesamte Bildungswesen ist heute streng national getrennt und wird mit wenigen Ausnahmen aus öffentlichen Geldern finanziert. Wenige Reformen konnten im Bildungssektor durchgeführt werden, sodass es von Nationalismus und hierarchischen, veralteten Unterrichtsformen geprägt ist. Wie alle Bereiche des öffentlichen Lebens in Bosnien und Herzegowina wurde auch das Schulwesen Objekt nationalistischer Politik. Als Produkt dessen gibt es aus der jeweiligen Sicht von Bosniaken, Serben und Kroaten voneinander abweichende Interpretationen der (jüngsten) Geschichte. Zusätzlich bewirkt die Aufteilung des Landes in zwei Entitäten mit unterschiedlichen politischen Systemen, dass im Bildungswesen die Volksgruppen voneinander abgegrenzt werden. Auch im Bereich der Forschung zeigen sich Probleme aufgrund fehlender Reformen und der Zersplitterung des Universitätswesens.

Somit befindet sich das Bildungssystem in Bosnien und Herzegowina zwölf Jahre nach Ende des Krieges in einem kritischen Zustand und erfüllt seine Aufgaben in manchen Bereichen nur ansatzweise. Insgesamt herrscht Konsens, dass das Land ein besser integriertes, die Trennung nach Ethnien überwindendes, modernes Bildungssystem braucht. Die Modernisierung des Bildungswesens in Bosnien und Herzegowina, besonders die Heranführung an europäische Qualitätsstandards, sowie die Überwindung der ethnischen Grenzen sind in der [Bildungspolitik des Landes \(https://claroline.uni-klu.ac.at/eoo/index.php/Bosnien_und_Herzegowina#Bildung_und_Kultur\)](https://claroline.uni-klu.ac.at/eoo/index.php/Bosnien_und_Herzegowina#Bildung_und_Kultur) erklärte Ziele. Allerdings fehlt ein Ministerium, das befugt oder in der Lage wäre, die Zukunft des Bildungssystems für das gesamte Land strategisch zu planen und die notwendige Einbettung in die europäischen Bildungsstrukturen (Bologna-Prozess, Lissabon- Konvention) vorzubereiten. Unterricht in gemeinsamen Schulen ist Ziel und Gegenstand einer Bildungsreform, die unter Leitung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) erarbeitet wurde. Im Schuljahr 2003/2004 wurden Kernlehrpläne mit dem Ziel eines gleichen Unterrichts in den Landesteilen eingeführt und die Lehrbücher überarbeitet. Schulabschlüsse werden nun landesweit anerkannt. Ein Gesetz für Hochschulen und für die Erwachsenenbildung ist für den Gesamtstaat in Vorbereitung, konnte aber noch nicht verabschiedet werden.

Gesundheitssystem

Die Verfügbarkeit und Qualität der Gesundheitsversorgung in Bosnien und Herzegowina entspricht nicht den Bedürfnissen der Bevölkerung. Der derzeitige Stand der Gesundheitsversorgung ist niedriger als vor dem Konflikt. Durch den Krieg wurde die Infrastruktur des Gesundheitswesens ernsthaft beschädigt - etwa 30 % der medizinischen Einrichtungen wurden zerstört und etwa der gleiche Prozentsatz des medizinischen Personals verließ das Land oder wurde Opfer des Krieges. Dadurch verschlechterte sich langfristig auch der Gesundheitszustand der Bevölkerung. Verschiedene Untersuchungen schätzen, dass zwischen 25 und 45 Prozent der Bevölkerung von Bosnien und Herzegowina nicht versichert sind und dementsprechend wenig medizinische Versorgung in Anspruch nehmen können. Die Diskrepanz zwischen der gesetzlich vorgesehenen Gesundheitsversorgung und der Realität wird durch die schlechte wirtschaftliche Lage hervorgerufen und auch durch die unzureichenden Beiträge, die die Krankenkassen erhalten. ArbeitgeberInnen, Arbeitsämter und Rentenkassen können häufig keine Gesundheitsbeiträge leisten und bringen so die ArbeitnehmerInnen, Arbeitsuchenden und RentnerInnen um ihre Krankenversicherung. Einige [Krankenkassen \(http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/laendergutachten/ostmittel_suedosteuropa/BosnienHerzegowina.pdf\)](http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/laendergutachten/ostmittel_suedosteuropa/BosnienHerzegowina.pdf) sind in finanzieller Hinsicht in einer schwierigen Lage und können die Behandlungskosten der medizinischen Einrichtungen nicht bezahlen. Personen ohne Krankenversicherung müssen für die vollen Preise für Behandlung und Medikamente aufkommen, wozu sie häufig nicht in der Lage sind. Auch selbst versicherte Personen können es sich häufig nicht leisten, für den Selbstbehalt für Behandlung

und Medikamente aufzukommen. Viele brechen deshalb die Behandlung ab oder nehmen die Versorgung nur in Notfällen in Anspruch. Aufgrund der dezentralen und autonomen Verwaltungsstrukturen ist die Qualität der Gesundheitsversorgung regional unterschiedlich und für die Bevölkerung nicht zufrieden stellend. Das Gesundheitsministerium der Föderation befindet sich in Sarajevo und koordiniert die kantonale Gesundheitsadministration auf föderalem Niveau. Für 2002 lagen die Finanzmittel bei 694.5 Mio. KM. Diese Mittel sind durch die Krankenversicherung, Partizipation, dem Budget und Spenden gewährleistet. In den Gesundheitseinrichtungen der Föderation waren 2002 insgesamt 23.580 ArbeitnehmerInnen, davon 16.906 medizinische und 6674 nichtmedizinische Fachkräfte, beschäftigt. Die Kontrolle, Planung, Organisation und das Management des Gesundheitssystems der Republika Srpska erfolgt zentral von Banja Luka aus. 2002 waren es 1632 Ärzte und Fachärzte sowie 16 Entbindungsstationen.

Menschenrechte

Menschenrechtsprobleme gibt es vor allem in Hinblick auf Minderheitenrechte und Menschenhandel. Bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, des Menschenhandels und des Terrorismus konnte Bosnien und Herzegowina einige Fortschritte erzielen. Einerseits wird der nationale Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels in den Jahren 2005-2007 umgesetzt. Andererseits wurde eine nationale Strategie zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität verabschiedet und der Rechtsrahmen zur Bekämpfung organisierter Kriminalität geschaffen. Weiterer Reformbedarf besteht bei der Umsetzung der Rechtssituation und bei der Strafverfolgung durch Verbesserung der Personalausstattung sowie in bestehenden Unstimmigkeiten zwischen den gesamtstaatlichen Rechtsvorschriften und denjenigen der Entitäten, die die Strafverfolgung behindern. Außerdem verabschiedete Bosnien und Herzegowina eine **Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus**. (http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2006/nov/com_649_strategy_paper_de.pdf)

Die Menschenrechtskommission des Verfassungsgerichtes wird zukünftig größere Aufmerksamkeit der Vollstreckung von Gerichtsurteilen bei Menschenrechtsverletzungen und der ordnungsgemäßen Umsetzung von internationalen Menschenrechtsübereinkünften widmen, dabei bleiben Diskriminierungen aus ethnischen Gründen weiterhin ein kritischer Punkt. International werden die Verbesserung der Haftbedingungen und die Bekämpfung von ethnisch motivierter Intoleranz gefordert. Auch zur Unterstützung der Roma-Minderheit fordert die EU konkrete Maßnahmen. Zur Wahrung des Rechts auf Freiheit der Meinungsäußerung und Medienfreiheit wurde die gesamtstaatliche Gesetzgebung über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk verabschiedet. Die Reform des öffentlichen Rundfunks wurde bisher aber nur teilweise umgesetzt, da die entsprechenden Rechtsvorschriften der Entitäten von der Republika Srpska bereits angenommen wurden, von der Föderation Bosnien und Herzegowina hingegen noch nicht.

Verwaltung

Aufgrund der Struktur des Staates nach Dayton weist der Gesamtstaat von Bosnien und Herzegowina in vielen wichtigen Bereichen Defizite in realen Befugnissen und Durchsetzungsmöglichkeiten auf, die bei den weitgehend autonomen Entitäten, den Kantonen der Föderation sowie dem Distrikt Brcko liegen. Auf allen Ebenen gibt es Regierungen, Ministerien und Parlamente mit häufig konkurrierenden Kompetenzen und schwachen Kapazitäten. Trotz der Debatten zur Neugestaltung der Staatsstruktur („Dayton II“) und gesetzlicher Maßnahmen zur Stärkung der Zentralregierung gehen Fortschritte zur Stärkung der staatlichen Strukturen langsam voran. Die durch die komplizierten staatlichen Strukturen vorgegebene Überbürokratisierung verhindert nicht nur die effiziente Umsetzung von Reformen sondern ist für einen Staat in der Größe von Bosnien und Herzegowina auch finanziell nicht leistbar. Die Verwaltungen auf Staats-, Entitäts-, Kantons- und Gemeindeebene leiden weiters unter der mangelhaften Ausbildung und Bezahlung der MitarbeiterInnen, der schlechten Ausstattung sowie an Intransparenz und Korruption. Ein gutes Beispiel dafür ist der Bereich **Sicherung des Legalitätsprinzips durch Justiz, Exekutive und Verwaltung**. (<http://www.ohr.int/ohr-dept/rule-of-law-pillar/prc/>) Zur Vereinfachung der Struktur wurde von der Regierung eine Polizeireform angestrebt.

Im Rahmen des SAP zählt diese zu den Hauptprioritäten der Europäischen Partnerschaft. Der vor kurzem vorgelegte Entwurf für einen Plan zur Umsetzung einer Strukturreform der Polizei in Bosnien und Herzegowina enthält eine klare und ausgewogene Zuteilung der Befugnisse zwischen staatlicher und lokaler Ebene. Unter anderem soll sie ermöglichen, dass der Staat einen einheitlichen Rechtsrahmen für die Polizeiverwaltung festlegt, Haushaltsmittel bereitstellt und deren Verwendung kontrolliert, unterstützende Dienste zur Verfügung stellt, die Tätigkeiten zwischen den verschiedenen Organen und Ebenen koordiniert und eine strategische Führung leistet, ohne die erforderliche Eigenständigkeit der lokalen Polizeieinheiten zu beeinträchtigen. Die Reform konnte bislang nicht verabschiedet werden, da zwischen den beiden Entitäten Uneinigigkeiten darüber herrschen.

Wirtschaft

Die Wirtschaft wurde durch den jahrelangen militärischen Konflikt schwer in Mitleidenschaft gezogen. Die wirtschaftlichen Aktivitäten kamen fast gänzlich zum Erliegen und reduzierten sich überwiegend auf den landwirtschaftlichen Bereich. 1996 begann der Wiederaufbau der Wirtschaft und seiner Institutionen in Einklang mit den Beschlüssen des Abkommens von Dayton. Unterstützt mit internationaler Finanzhilfe vor allem zum Wiederaufbau der Infrastruktur konnte in den ersten Jahren nach dem Krieg eine wirtschaftliche Expansion mit hohen zweistelligen Wachstumsraten verzeichnet werden. Mit der langsamen Verringerung der internationalen finanziellen Unterstützungen reduzierte sich auch die wirtschaftliche Dynamik. Mit einem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von etwas mehr als 1.600 € zählt Bosnien und Herzegowina weiterhin zu den wirtschaftlich schwächsten Ländern Europas. Bosnien und Herzegowina ist eine kleine Volkswirtschaft. 2005 erreichte das offizielle BIP ungefähr 7,5 Mrd. €, diese Zahl entspricht in etwa 70 % des Vorkriegsniveaus. Ein großer Teil der Volkswirtschaft (60,7 % des BIP) entfällt auf den Dienstleistungssektor, während die Industrie 27,8 % und die Landwirtschaft 11,5 % des BIP beisteuern. Bosnien und Herzegowina ist eine sehr offene Volkswirtschaft, in der das Verhältnis der Exporte und Importe von Gütern und Dienstleistungen zum BIP im Jahr 2005 87 % betrug. Dieser hohe Wert geht jedoch vor allem auf die Importe zurück. Auf die EU als Haupthandelspartner entfallen 53 % der Exporte und 50 % der Importe des Landes. Durch den Krieg wurden industrielle Anlagen und große Teile der Infrastruktur zerstört. Wichtige Absatzmärkte gingen verloren. Zahlreiche Produkte, die früher im Land selbst produziert wurden, müssen nun importiert werden. Die Gründung und Existenz kleiner und mittlerer Unternehmen wurden in den vergangenen Jahren durch eine Reihe von Strukturproblemen erschwert: Willkürliche und undurchsichtige Zollbestimmungen behinderten den Vertrieb und Absatz, der hohe Steuersatz für Unternehmen verhinderte Betriebsgründungen. In der Land- und Forstwirtschaft, Bergbau und der Industrie kann seit dem Krieg nur eine schwache Tendenz zum Aufschwung verzeichnet werden. Der Handel und einige andere Dienstleistungsbereiche haben sich in den letzten Jahren dagegen gut entwickelt. Der vorhandene Kapitalmangel bzw. die Allokation von Kapital in kurzfristig mehr Erfolg versprechende Bereiche, wie eben den Handel, haben bisher die notwendige Modernisierung im primären und sekundären Sektor beeinträchtigt und damit die Umgestaltung der bosnischen Wirtschaft in eine florierende Marktwirtschaft auf möglichst breiter Basis beeinträchtigt. Sehr erfolgreich verlief hingegen die monetäre Stabilisierung der Wirtschaft, die mit Unterstützung eines Currency Boards erzielt werden konnte. In dessen Rahmen wurde der Wechselkurs der bosnischen Währung der Konvertiblen Mark (Konvertibilna Marka, KM, die internationale Währungsbezeichnung ist BAM) an die D-Mark und später an den € im Verhältnis 1:1,95583 gekoppelt. Die Fixbindung der Währung unterstützt die stabile Preisentwicklung in Bosnien und Herzegowina, wobei die Inflation in der RS in den letzten Jahren stets höher lag als in der Föderation. Die kontinuierliche Verringerung des Inflationsdifferenzials lässt auf ein langsames **wirtschaftliches Zusammenwachsen der beiden Entitäten** (<http://www.reliefweb.int/library/documents/2005/wb-bih-31may.pdf>) schließen.

Beschäftigung

Im Bereich der Beschäftigungspolitik hat sich nur wenig geändert. Die Arbeitslosigkeit und die starke Zersplitterung des Arbeitsmarktes sind nach wie vor ungelöste Probleme und es fehlt weiterhin eine tragfähige Beschäftigungspolitik. Die Arbeitslosigkeit liegt bei über 40% in der Föderation Bosnien-Herzegowina (FBiH), in der Republika Srpska (RS) sogar bei über 50%. Die „inoffizielle“ Arbeitslosenquote liegt höher, die Schätzungen bewegen sich zwischen 56% und bis zu 75%. 4 Untersuchungen des Independent Bureau for Humanitarian Issues (IBHI) und des United Nations Development Program (UNDP), die zu Beginn des Jahrzehnts durchgeführt wurden, zeigten, dass etwa ein Drittel der Arbeitslosen jünger als 27 Jahre und zwei Drittel jünger als 35 Jahre ist. (Quelle: IBHI/UNDP (Hg.): Human Development Report Bosnia and Herzegovina , Youth , Sarajevo 2000:30.)

Außenhandel

Die vorhandenen strukturellen Probleme der bosnischen Wirtschaft werden deutlich bei der Betrachtung des Außenhandels. Dieser ist von einer beachtlichen Schieflage gekennzeichnet, da den hohen Investitions- und Konsumgüterimporten aufgrund der wenig entwickelten Exportindustrie viel geringere Warenausfuhren gegenüberstehen. Seit mehr als fünf Jahren liegt das Handelsbilanzdefizit bei rund 3 Mrd. Euro jährlich. Im Jahr 2002 betrug der Fehlbetrag nach Angaben der Zentralbank 2,9 Mrd. €. Das Leistungsbilanzdefizit stieg auf etwa 2,1 Mrd. €, das entspricht in Relation zum BIP fast 40 %. Die wichtigsten Handelspartner des Landes sind Kroatien sowie Serbien und Montenegro, wobei sich der Warenverkehr entsprechend der ethnischen Spaltung stark auf den Austausch zwischen der Föderation und Kroatien bzw. der RS und Serbien und Montenegro konzentriert. Deutschland und Italien sind die wichtigsten Handelspartner aus der Europäischen Union. Ein wesentliches Element zur Verbesserung der internationalen Einbindung ist auch die Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen innerhalb der Region. Zu diesem Zweck ist die **Bildung einer Freihandelszone in Südosteuropa**(http://ec.europa.eu/enlargement/bosnia_and_herzegovina/economic_profile_de.htm), die basierend auf bilateralen Abkommen acht Länder und etwa 55 Mio. Einwohner umfassen wird, weit ausgebaut.

Obwohl es keine formellen vertraglichen Beziehungen gibt, ist die EU der wichtigste Handelspartner Bosniens und Herzegowinas (der Handel mit der EU macht mehr als 50 % des gesamten Handelsvolumens von Bosnien und Herzegowina aus). Die große Mehrheit der Produkte aus Bosnien und Herzegowina können dank einer von der EU im Jahr 2000 in Kraft gesetzten Präferenzregelung zollfrei in die EU eingeführt werden. Diese Präferenzregelung wurde inzwischen verlängert und ist bis 2010 gültig. Die Bemühungen Bosniens und Herzegowinas, um einen baldigen WTO-Beitritt werden von Seiten der EU als Vorteil betrachtet – ein **Free Trade Agreement** (http://ec.europa.eu/economy_finance/indicators/cceq_en.htm) wurde 2006 unterzeichnet - da es gleichzeitig erleichtern soll, ihre regionalen Handelsbeziehungen zu vertiefen, wirtschaftliche Reformen durchzuführen und künftige Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen umzusetzen.

Ausländische Direktinvestitionen

Aufgrund seiner zentralen geografischen Lage wird Bosnien und Herzegowina als günstiger Standort zur Bearbeitung der umliegenden Märkte Südosteuropas gesehen. Durch die politischen Unsicherheiten verhalten sich ausländische Direktinvestoren hinsichtlich eines Engagements in Bosnien und Herzegowina allerdings noch zurückhaltend, obwohl mittlerweile ein rechtliches Umfeld geschaffen wurde, das sowohl einheimischen als auch ausländischen Investoren die gleichen Chancen und Möglichkeiten zur Entfaltung bietet. Der Bestand an ausländischen Direktinvestitionen in Bosnien und Herzegowina beläuft sich nach Angaben des Ministeriums für Außenhandel und Wirtschaftsbeziehungen per Ende 2002 auf nur ca. 900 Mio. €. Der **Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen** (<http://www.auswaertigesamt.de/diplo/de/Laenderinformationen/BosnienUndHerzegowina/Wirtschaft.html>) belief sich damit auf den mehr als zweifachen Wert von 2001.

Internationale Entwicklungszusammenarbeit

BASISDATEN

ODA – Official Development Assistance: 546,1 Mio. US\$; 140 US\$ /Kopf (OECD 2007)

ODA-Anteil am BIP: 2005: 5,7 % (OECD 2007)

Hauptgeber 2005: USA, Schweden, Deutschland, Niederlande, Österreich, Japan, Norwegen, Frankreich; EC, IDA, UNHCR (OECD 2007)

Anteil Österreichs 2005: 26 Mio. US \$; das sind 9% der bilateralen ODA an Bosnien und Herzegowina (OECD 2007)

Ab dem Friedensabkommen von Dayton 1995 und mit Einsetzen der Nachkriegszeit begann eine Phase der umfassenden finanziellen Unterstützung des neuen Staates durch die internationale Gebergemeinschaft. Da die Gebergemeinschaft beim Friedensprozess selbst bereits eine wichtige Rolle gespielt hatte, lag es in ihrem Interesse, das Friedensabkommen erfolgreich umzusetzen, entsprechend groß. Insbesondere die ersten vier Jahre weisen eine bemerkenswerte Kontinuität bezüglich jährlicher Zusagen und Auszahlungen von ODA Leistungen auf. Ende 1998 entstand die Idee eines Stabilitätspaktes und im Juni 1999 wurde dann auf Initiative Deutschlands und während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft der Stabilitätspakt für Südosteuropa gegründet. Dieser ist der erste ernsthafte Versuch der internationalen Gemeinschaft, eine angemessenen langfristige Präventivstrategie zur Konfliktverhinderung zu entwickeln und umzusetzen. Im Gründungsdokument übernahmen mehr als 40 Länder und Organisationen die Aufgabe, die Länder des südlichen Europas zu stärken. Zu den Zielen gehören die Friedens- und Demokratiesicherung, die Achtung der Menschenrechte und der ökonomischen Prosperität, die Bewahrung der Ordnung sowie die Stabilisierung in der ganzen Region. Auch die euro-atlantischen Integrationen werden in allen Ländern der Region gefördert.

Europäische Sicherheitspolitik

Der Balkan muss für die EU also eine „Erfolgsstory“ werden. Nach dem großen personellen, politischen wie finanziellen Aufwand sollte der Beweis geführt werden können, dass das Peacebuilding der EU funktioniert und somit die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU nachhaltig effektiv und daher ernst zu nehmen ist. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte in diesem Zusammenhang sicher auch, dass dieser sehr hohe Kostenaufwand in den EU-Mitgliedstaaten vor dem Hintergrund leerer Kassen und schlechter Haushaltslagen gerechtfertigt sein will. Die massive Intervention der Internationalen Gemeinschaft und deren Rechtfertigungszwang bergen aber auch die Gefahr, dass der Fortschritt „geschaffen“ wird, um Bewegung zu signalisieren. In Bosnien zeigt sich dies durch sehr einseitig geführte Verhandlungen der EU, um Entscheidungen voranzutreiben. Die Europäische Union ist zwar zentraler Akteur jedoch nicht der einzige. Die gewaltsam ausgetragenen Konflikte haben eine ganze Reihe von internationalen Akteuren auf den Plan gerufen und die vielen verschiedenen, zum Teil konsekutiven Missionen – von den NATO-geführten über die UN-geleiteten bis zu den zahlreichen OSZE-Missionen und natürlich der mittlerweile vorwiegend EU-geführten Polizeimission – sind nur ein Teil dieses **Engagements**. (<http://library.fes.de/pdf-files/iez/04260.pdf>) Unterzeichnung des Dayton-Friedensabkommens wurde die **IFOR** (https://claroline.uni-klu.ac.at/eoo/index.php/Implementation_Force) (Operation Joint Endeavour) unter der Leitung der NATO mit dem Ziel der Implementierung ihrer Armee eingesetzt. 1996 wurde die IFOR durch die SFOR (**Stabilisation Force** (https://claroline.uni-klu.ac.at/eoo/index.php/Stabilisation_Force) in Bosnien-Herzegowina) ersetzt. Diese sollte weitere Kämpfe verhindern und den Rahmenbedingungen für den Aufbau unterstützender ziviler Institutionen schaffen. Im Dezember 2004 übertrug die SFOR der EUFOR (European Union Force in Bosnia-Herzegovina) seine Zuständigkeit.

Stabilitätspakt für Südosteuropa

In politischer Hinsicht wurde durch diese Kriege auch das Bewusstsein dafür gestärkt, dass der Prävention von Krisen Vorrang vor der nachträglichen Intervention eingeräumt werden muss, dass zudem eine Intervention nicht mit dem Ende der Kampfhandlungen abgeschlossen ist, sondern auch politische Verantwortung mit sich bringt und dass es schließlich auf multilaterales Handeln und die Kohärenz der Akteure ankommt. Eine Folge dieser Einsicht war die Gründung des bereits erwähnten Stabilitätspaktes für Südosteuropa, aber auch die Implementierung des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY), der zur Verrechtlichung der Internationalen Beziehungen beitragen sollte. Ab 2000 kam es zu einer abrupten Reduktion der internationalen finanziellen Hilfe, die auf das Zusammenfallen mehrerer Ereignisse zurückzuführen ist. Einerseits wurden sich die Geber der widersprüchlichen Auswirkungen von großen Hilfszahlungen auf die Staatsstrukturen und den Demokratisierungsprozess in BiH bewusst. Insbesondere betraf das die Problematik rasch ansteigender Korruption im Lande. Zunehmend setzten sich die Geber mit der Liberalisierung von Institutionen auseinander, die als Voraussetzung für Hilfsleistungen gesehen werden musste. Zur selben Zeit führte der NATO-Einsatz im Kosovo 1999 zu einer Neuorientierung der Geberpolitik, die sich in Bosnien ab da vorwiegend auf Friedenssicherung und Wiederaufbau konzentrieren sollte und letztlich liefen die ersten Vier-Jahres-Verträge der Geber mit Bosnien aus. Offiziell wurde die Schwerpunktverlagerung in der Deklaration des Peace Implementation Councils (PIC) des **Obersten Repräsentanten in BiH** (http://www.ohr.int/pic/default.asp?content_id=5200) 2000 festgehalten und von den unterschiedlichen Beteiligten unterzeichnet. Und letztlich war die Reduktion auch auf die Einführung des Stabilitätspaktes zurückzuführen.

Geberpolitik und nationale Strategie

Die Missionen der Geber orientieren sich an der Medium-Term Development Strategy (MTDS), das das erste PRSP des Landes darstellt. Dabei soll die Regierung im Prozess des Ausbaus und der Stärkung von Institutionen der Staatsregierung, der Entitäten und lokalen Gemeinden sowie bei der Umsetzung von Plänen der steuerlichen Anpassung unterstützt werden. Die Strategie wurde mit 300 Mio. US-Dollar von der IDA (International Development Agency) unter der Bedingung unterstützt, dass die Schlüsselreformen durchgesetzt werden.

Heute befindet sich Bosnien weiterhin in einem Transitionsprozess zwischen Nachkriegszeit und langfristiger Entwicklung von demokratischen Strukturen und einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung. Eine entscheidende Rolle im gesamten Entwicklungsprozess spielen die verschiedenen Instrumente der EU, die den Integrationsprozess ermöglichen sollen. Die Integration in die EU ist eines der politischen Hauptziele Bosniens und Herzegowinas. Der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP) ist der politische Rahmen der EU. Bosnien und Herzegowina ist ein potentieller EU-Beitrittskandidat, zwar gibt es derzeit keinerlei vertragliche Bindungen zwischen der EU und Bosnien und Herzegowina, jedoch wurde 1998 eine Beratende Task Force als gemeinsame Plattform für den politischen Dialog und die Beratung von Fachleuten eingerichtet. Die Treffen der Beratenden Task Force haben sich zu einem zentralen Forum für fachlichen und politischen Austausch entwickelt. Im Januar 2006 wurde die Beratende Task Force in „Überwachung des Reformprozesses“ umbenannt, um den Anfang einer neuen Phase in den Beziehungen zwischen der EU und Bosnien und Herzegowina einzuleiten, nämlich die Aufnahme von Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA). Die Verhandlungen über ein SAA wurden im November 2005 aufgenommen. Aus fachlicher Sicht sind hierbei erzielt worden, allerdings hängt der Verhandlungsabschluss von einem umfassenden Fortschritt bei Kernthemen ab, vor allem bei der Polizeireform, der Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY), dem öffentlichen Rundfunk und der öffentlichen Verwaltung. Das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen wird das vertragliche Rahmenwerk zwischen der EU und Bosnien und Herzegowina darstellen und ist für Bosnien und Herzegowinas Bestreben, Mitglied der EU zu werden, von großer Bedeutung. Die EU weicht ihre Beitrittskriterien nicht auf und beharrt auf deren vollständiger Erfüllung.

Zu den wichtigsten bilateralen Gebern der vergangenen Jahre zählen Schweden USA Niederlande Deutschland Österreich Japan und Frankreich.

Schweden

Schweden war 2005 erstmals Bosniens größter bilateraler Geber. In der dritten Programmphase der Schwedischen EZA stehen folgende Ziele in der [Strategy for Development cooperation 2006-2010](http://www.sweden.gov.se/content/1/c6/03/97/52/1141af02.pdf) (<http://www.sweden.gov.se/content/1/c6/03/97/52/1141af02.pdf>) festgeschrieben. Ziel der schwedischen Kooperation ist primär die Unterstützung des Gesamtstaates seine Mid Term Development Strategy (MTDS) mit den beiden Schwerpunkten EU-Beitritt und Armutsbekämpfung erfolgreich umzusetzen. Infolgedessen konzentriert sich das aktuelle schwedische Kooperationsprogramm auf zwei Schwerpunktsektoren: Wirtschaftliche Entwicklung und den Aufbau nachhaltiger Staatsstrukturen. Den programmatischen Rahmen für die Unterstützung bilden die nationale MTDS sowie der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess der EU (SAP). Im Sinne von Kohärenz und Harmonisierung der Geberleistungen bemüht sich die schwedische EZA mit anderen Gebern gemeinsam Programme und Strategien zu entwickeln, die abgestimmt sind auf die nationalen Bedürfnisse. Dazu ist ein intensiverer Dialog auf zentraler und lokaler Ebene nötig. Im Bereich Demokratie und Good Governance unterstützt Schweden Reformen des Rechtssystems, die Wahrung von Menschenrechten sowie die Entwicklung von Antidiskriminierungsinstrumenten. Im administrativen Bereich wird durch das schwedische Kooperationsprogramm das Governance Accountability Programme (GAP) der Regierung auf Gemeindeebene umgesetzt - hier arbeiten die beiden bilateralen Hauptgeber Schweden und die USA zusammen. Gemeinsam mit der EU wird die nationale Antikorruptionsstrategie durch die schwedische Entwicklungsagentur SIDA unterstützt. Am Finanzsektor begleitet Schweden gemeinsam mit der Weltbank die Privatisierung des Bankenwesens. Im Rahmen zweier Mikrokreditprogramme konnten durch die Arbeit von SIDA rund 2.500 Arbeitsplätze neu geschaffen werden. Weitere Interventionsbereiche von SIDA sind Unternehmensförderung, Capacity Development für Regierungsinstitutionen, SME-Development im Landwirtschaftsbereich und die nachhaltige Nutzung von natürlichen Ressourcen und Umweltschutz (Entminungsprogramme von UNDP, Unterstützung von Gemeinde bei der Entwicklung von Umweltschutzplänen). Derzeit werden die Maßnahmen der bosnischen Regierung für RückkehrerInnen und Wiederaufbaumaßnahmen noch unterstützt sollen aber im Laufe des Jahres 2007 auslaufen. Quelle: [SIDA](http://www.sida.se/sida/jsp/sida.jsp?d=675&a=4485&language=en_US) (http://www.sida.se/sida/jsp/sida.jsp?d=675&a=4485&language=en_US)

USA

Die USA waren aufgrund ihrer dominierenden Rolle in der Sicherheitspolitik ab Dayton in finanzieller Hinsicht der führende bilaterale Geber. Alleine die Maßnahmen zur Sicherung des Friedens nach Dayton auf diplomatischer und militärischer Ebene machten einen Großteil der bilateralen Mittelzuwendungen aus. US-Truppen nahmen an den Friedensmissionen teil und unterstützten die Maßnahmen der Hilfsprogramme und Wiederaufbauprogramme. Die [U.S. Agency for International Development \(USAID\)](http://www.usaid.gov/regions/europe_eurasia/countries/ba/index.html) (http://www.usaid.gov/regions/europe_eurasia/countries/ba/index.html) war ein wichtiger Akteur während der Nachkriegszeit im Bereich von wirtschaftlicher Entwicklung, Demokratisierungsprogrammen und Infrastrukturprojekten. Das aktuelle [Kooperationsprogramm von USAID](http://www.usaid.gov/policy/budget/cbj2007/ee/pdf/ba_complete.pdf) (http://www.usaid.gov/policy/budget/cbj2007/ee/pdf/ba_complete.pdf) konzentriert sich auf folgende Schwerpunktsektoren: Reformen in der Wirtschaftspolitik, Wiederaufbau, Entwicklung des Privatsektors durch Programme zur Unternehmensförderung, Wiederaufbau von Infrastruktur, Demokratisierungsförderung im Bereich Medien, politischen Prozessen und Wahlen, Rechtsbereich sowie Ausbildung von Frauen und DiplomatenInnen.

Deutschland

Seit Aufnahme diplomatischer Beziehungen ab Mitte 1994 ist Deutschland einer der wichtigsten außenpolitischen Partner Bosnien und Herzegowinas. Deutschland war an den Friedensbemühungen vor und nach Abschluss des Dayton-Abkommens intensiv beteiligt, u.a. durch sein Engagement in der Kontaktgruppe, im Lenkungsausschuss des Dayton-Friedensimplementierungsrats, bei Geberkonferenzen, durch große deutsche Kontingente bei der EU-Militärmission EUFOR (derzeit ca. 1.000 Mann) und der Polizei-Mission der EU (EUPM; derzeit ca. 80 Polizisten). Nach Abschluss des Friedensabkommens konzentrierte sich die **deutsche Zusammenarbeit** (http://www.bmz.de/de/laender/partnerlaender/bosnien_herzegowina/zusammenarbeit.html#t2) zunächst auf Soforthilfemaßnahmen, vor allem Hilfe für RückkehrerInnen. Danach verlagerte sich der Schwerpunkt der Zusammenarbeit auf den Wiederaufbau des Landes. Deutschland übernahm aber nach dem Krieg auch eine Vorreiterrolle bei Investitionen in der produzierenden Industrie. Diese **Investitionen** (http://www.sarajewo.diplo.de/Vertretung/sarajewo/de/05/Wirtschaftliche__Zusammenarbeit/Wirtschaftliche__Zusammenarbeit.html) konzentrieren sich vor allem auf die Bereiche Fahrzeugmontage und -zulieferindustrie, Bauindustrie/Zement, Rohstoffverarbeitung/Aluminium, regionale Milchwirtschaft. Derzeit unterstützt Deutschland Bosnien und Herzegowina vor allem in den drei Bereichen Wirtschaftsreform, Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), Kommunale Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Stabilisierung der Demokratie, Zivilgesellschaft und öffentlichen Verwaltung. Zur Unterstützung der Wirtschaftsreform verfolgt Deutschland das Ziel, das Land für inländische und ausländische Investoren attraktiv zu machen, sodass es langfristig nicht mehr auf internationale Hilfe angewiesen ist. Maßnahmen werden in den Bereichen Zentralbank, der gemeinsamen Währung, Bankenwesen, Steuersystem und im Privatsektor getätigt. Am Wassersektor ist das Ziel der deutschen Zusammenarbeit eine funktionierende Wasserversorgung zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes voranzutreiben. Dazu unterstützt es das Land bei der Durchführung notwendiger Investitionen, der Entwicklung und Umsetzung eines kostendeckenden und sozial verträglichen Tarifsystems und bei der Verbesserung der Betriebsstrukturen. Im Bereich Demokratie unterstützt Deutschland Bosnien und Herzegowina bei der Reform der öffentlichen Verwaltung, weitere Arbeitsfelder sind **Krisenprävention und Versöhnung der Bevölkerungsgruppen**. http://www.bmz.de/de/laender/partnerlaender/bosnien_herzegowina/zusammenarbeit.html#t3 Die Deutsche Welle schloss Rebroadcastingverträge mit 37 Fernsehstationen sowie fünf Kabelnetzbetreibern in Bosnien und Herzegowina ab. So können heute 66 Radiostationen Deutsche Welle-Programme in bosnischer, kroatischer und serbischer Sprache ausstrahlen. Seit Juni 2000 produziert die Deutsche Welle ein wöchentliches halbstündiges TV-Magazin in bosnischer Sprache, das aus Mitteln der Bundesregierung für den Stabilitätspakt für Südosteuropa finanziert wird.

Niederlande

Auch die Niederlande waren in der Nachkriegszeit im Rahmen ihrer Unterstützung im Wiederaufbau und in der Friedenssicherung tätig. In einer zweiten Phase verlagerten sich die Schwerpunkte des Kooperationsprogramms auf die Schaffung nachhaltiger, transparenter und verantwortungsvoller Regierungsführung, die den vorgeschriebenen EU-Richtlinien entspricht, die Förderung eines für ausländische Investitionen geeigneten Wirtschaftsklimas und die Privatsektorentwicklung. Die **Niederländische Botschaft** (<http://www.minbuza.nl>) im Bereich der Reform der öffentlichen Verwaltung tätig sowohl auf zentraler als auch lokaler Ebene. Der Umfang der niederländischen bilateralen ODA an Bosnien und Herzegowina wurde in den letzten Jahren kontinuierlich verringert. Aufgrund dessen enthält der **Multi-annual Strategic Plan** (<http://www.netherlandsembassy.ba/index.php?action=4&sub=1#a#a>) der niederländischen Botschaft für den Zeitraum 2005-2008 Kernbereiche, auf die sich die Aktivitäten konzentrieren. Das jährliche Budget für die Programm- und Projekthilfe entspricht rund 15 Mio.€. Auch das niederländische Programm sieht als Priorität die enge Zusammen-

arbeit mit anderen bilateralen Gebern zur Nutzung von Synergien und zur Vermeidung von Verdoppelung vor. Für 2007 ist geplant ebenfalls am Governance Accountability Project (GAP) von USAID und SIDA teilzunehmen. Die Partizipation an weiteren Programmen wie dem Economic Sector Recovery Fund (ESRF) und dem Public Administration Reform Fund (PARF) soll im Laufe des Jahres 2007 verfolgt werden.

Österreich

Auch Österreich zählte 2005 zu den wichtigsten bilateralen Gebern von Bosnien und Herzegowina. (siehe 3. Kapitel)

Japan

Japan (http://www.bosnia.emb-japan.go.jp/En/Economic_Cooperation/index.html) unterstützt Bosnien gemeinsam mit anderen bilateralen Gebern im Versöhnungsprozess und bei der wirtschaftlichen Stabilisierung des Landes. Die ODA-Leistungen sind im Unterschied zur Nachkriegszeit aktuell vorwiegend für Kapazitätenaufbau in verschiedenen für die Schwerpunktsektoren relevanten Institutionen vorgesehen. Die Schwerpunktsektoren umfassen die Förderung von Marktwirtschaft, Umwelt und Konsolidierung des Friedens

Europäische Union

Seit Anfang der 90er Jahre stellte die EG mehr als 2,5 Mrd.€ bereit, um die Konflikt- und Postkonfliktsituation in Bosnien und Herzegowina zu verbessern. Zu Beginn konnten bis 2000 mehr als 2 Mrd.€ an finanzieller Unterstützung durch Programme wie ECHO, PHARE und OBNOVA zielgerichtet für Flüchtlingsprogramme und den Wiederaufbau eingesetzt werden. Seit 2001 bildet den programmatischen Rahmen der EU-Finanzhilfe für Bosnien und Herzegowina das CARDS-Programm, wobei sich der Schwerpunkt von Nachkriegshilfe hin zum Aufbau von institutionellen Kapazitäten und zur wirtschaftlichen Entwicklung verlagerte. Im Zeitraum 2001-2006 unterstützte die EG (<http://www.europa.ba/?akcija=clanak&CID=22&jezik=2&LID=32>) Bosnien und Herzegowina mit über 500 Mio.€. Ziel der Unterstützung ist es, Bosnien und Herzegowina dabei zu helfen, seinen staatlichen Verpflichtungen nachzukommen. Hauptarbeitsbereiche sind eine Reform der öffentlichen Verwaltung (einschließlich Zoll- und Steuersystem), Fragen aus dem Bereich Justiz und Inneres (einschließlich Polizeireform, integrierter Grenzschutz, Reform des Rechtssystems) und eine Verbesserung des Investitionsklimas (einschließlich Handel, Bildung und Ausbildung, Umwelt und Infrastruktur). (http://www.pedz.uni-mannheim.de/daten/edz-k/gde/05/NF-19-03-000-DE-D_bosnia.pdf) Zusätzlich gewährte die EG Bosnien und Herzegowina Finanzhilfe. 1999 stellte die EU finanzielle Mittel in Höhe von 60 Mio. EUR zur Verfügung (20 Mio. EUR Darlehen, 40 Mio. EUR Zuschüsse). (<http://www.europa.ba/?akcija=clanak&CID=22&jezik=2&LID=32>). Auch 2002 wurde in etwa der gleichen Höhe Finanzhilfe gewährt. Neben den vom IMF festgesetzten wirtschaftlichen Bedingungen wird diese Unterstützung auch an Bedingungen politischer Natur geknüpft, wie etwa eine Reform des Zoll- und Steuersystems. Nachdem entsprechende Vorbedingungen erfüllt werden konnten (Umsetzung der sog. „16 Punkte“, die in der Machbarkeitsstudie der EU-Kommission festgestellt wurden) (http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/bosnia_and_herzegovina/com_en.pdf), im Januar 2006 die Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) mit der EU. Die EU wird auch weiterhin im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) personelle und finanzielle Ressourcen in Bosnien und Herzegowina einsetzen. Im Januar 2006 wurde ein neuer EU-Sonderbeauftragter (EUSR) ernannt, der gleichzeitig weiterhin der Hohe Repräsentant ist. Die EUFOR/Althea-Mission ist nach wie vor mit etwa 6.000 Soldaten in Bosnien präsent. Das Mandat der EU-Polizeimission (EUPM) wurde ab Jahresbeginn 2006 um zwei Jahre verlängert. Die neu organisierte Mission konzentriert sich jetzt auf den Kampf gegen das organisierte Verbrechen und auf eine beratende Funktion bei der Polizeireform. Das Mandat der EU-Überwachungsmission (EUMM) wurde zunächst bis Ende 2006 verlängert und wird wahrscheinlich um ein weiteres Jahr verlängert werden.

Die **Delegation der Europäischen Kommission** <http://www.europa.ba/> mit Sitz in Sarajevo besteht seit 1996. Die Maßnahmen der EG-Kooperation sind im „Instrument for Pre-accession Assistance“ IPA <http://www.europa.ba/?akcija=clanak&CID=23&jezik=2&LID=33> als fixer Bestandteil des Programms für Beitrittskandidaten festgeschrieben und ersetzt damit die Vorgängerprogramme PHARE, CARDS, ISPA und SAPARD. Weiters unterstützt EU BiH derzeit in den Bereichen **Demokratisierung und Menschenrechte** (<http://www.europa.ba/?akcija=clanak&CID=19&jezik=2&LID=34>), **wirtschaftliche Entwicklung** (<http://www.europa.ba/?akcija=clanak&CID=20&jezik=2&LID=35>), **Umwelt** (<http://www.europa.ba/?akcija=clanak&CID=21&jezik=2&LID=36>), **Polizeireform, Rechtssystem und Grenzschutz** (<http://www.europa.ba/?akcija=clanak&CID=24&jezik=2&LID=37>) und **Kapazitätenaufbau in der Verwaltung** (<http://www.europa.ba/?akcija=clanak&CID=18&jezik=2&LID=38>.) Das **Country Assistance Strategy Paper** (http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/financial_assistance/cards/publications/bosnia_country_strategy_en.pdf) schreibt die konkreten Maßnahmen und Instrumente fest.

IDA-Weltbank

1996 trat Bosnien und Herzegowina der Weltbank und der International Development Agency (IDA) bei. Im Rahmen der Wiederaufbauprogramme finanzierte die Weltbank erste Soforthilfsprogramme im Rahmen der ersten **Country Assistance Strategy (CAS)** (<http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/ECAEXT/BOSNIAHERZEXTN/contentMDK:20629017~menuPK:362034~pagePK:141137~piPK:141127~theSitePK:362026,00.html>) für das Land. Dabei wurde eine Vielzahl an Sektoren finanziell unterstützt, dazu gehörten Transport, Energie, Entminung, Wohnraum, Gesundheit, Bildung, Landwirtschaft, öffentliche Dienst und Mikrofinanzierung. Rund 15% der gesamten ODA-Zahlungen machten während dieser Phase die Weltbankleistungen aus (rund 5,4 Mrd.US\$). Auch die Schwerpunktsetzung der Weltbankprogramme verlagerte sich ab 2000 in Richtung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums. Besonderes Augenmerk wird dabei auf Reformen im Bereich Marktwirtschaft gelegt. Insbesondere die Entwicklung des Privatsektors und investitionsfördernder Maßnahmen stehen hier im Vordergrund. Die aktuelle CAS für die Periode 2005-2007 ist in die MTDS eingebettet und orientiert sich an den mittelfristigen Zielen der Regierung Bosnien und Herzegowinas. Die Kernbereiche sind Verbesserung der öffentlichen Finanzen und Stärkung der Institutionen; Förderung einer nachhaltigen Privatsektorentwicklung und Investitionen in Kernbereichen der sozialen Infrastruktur. Das jährliche Budget dafür wird mit 30-40 Mio.US\$ pro Jahr angegeben.
US\$ pro Jahr angegeben.

Tabelle 1:
Bosnien und Herzegowina: Gesamte empfangene Official Development Assistance (ODA) ab 1999

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
erh. ODA ges. (in Mio. US \$ netto)	1040,3	737,1	638,9	563,4	540,3	683,6	546,1
pro Kopf in US \$ ca.	266,8	184,3	159,8	137,4	131,4	175,3	140
in % des BIP	21	15,4	12,1	9,2	7,4	7,8	5,7
davon ODA Ö. (in Mio. US \$)	28,5	22,5	14,2	10,9	15,2	18,6	25,9
in % der ges. ODA	2,7	3	2,2	2	2,8	2,7	4,7

Quelle: OECD, Geographical Distribution of Financial Flows to Aid Recipients, div. Jahrgänge; eigene Berechnungen

Tabelle 2:
Bosnien und Herzegowina: Gesamte empfangene ODA
Anteil Bilateral/Multilateral und Zuschüsse/Kredite (in Mio. US\$)

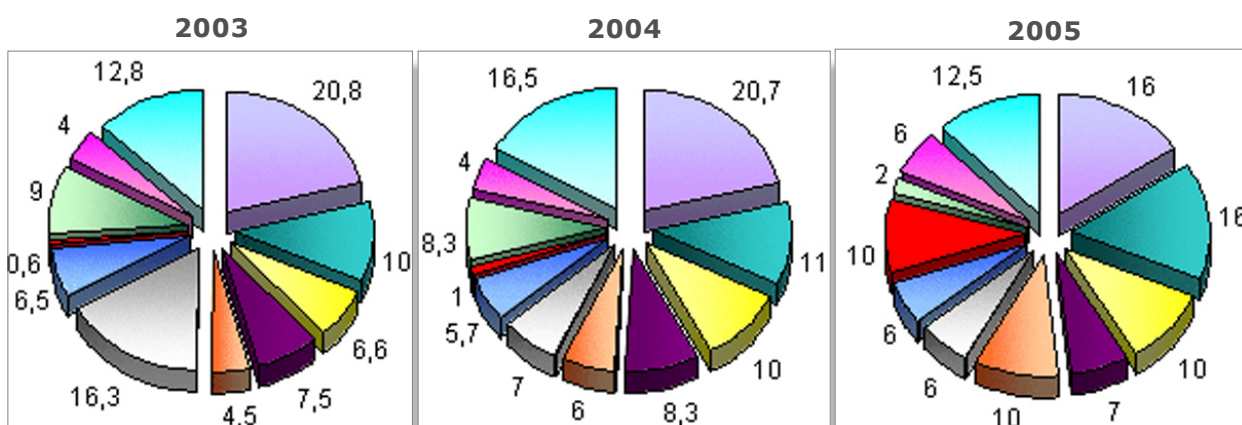
	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
gesamt ODA	1040,3	737,1	638,9	563,4	540,3	683,6	546,1
Bilaterale ODA in %	69	64	62	55	63	49	57
Multilaterale ODA in %	31	36	38	45	37	51	43
Grants in % der ODA	89	91	86	78	86	63	78
Loans in % der ODA	11	9	14	22	14	37	22

Quelle: OECD, Geographical Distribution of Financial Flows to Aid Recipients, div. Jahrgänge; eigene Berechnungen

Grafik:
Bosnien und Herzegowina: Hauptgeberländer in % der Bilateralen ODA

Summe in Mio US\$

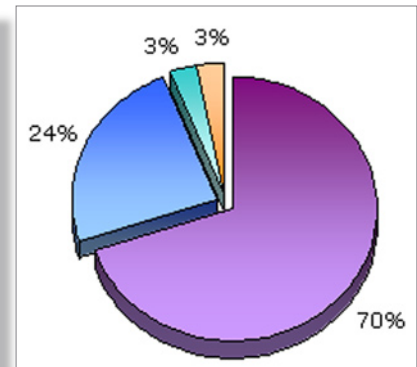
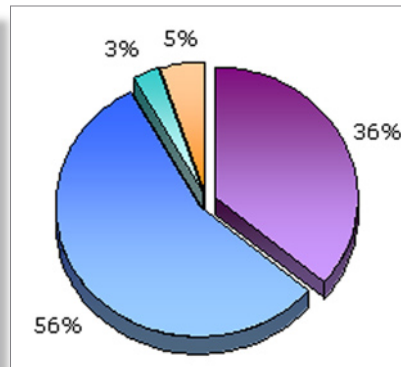
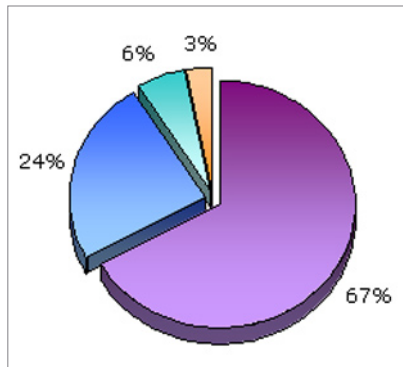
2003 331,2
2004 298,8
2005 287,6



Grafik:
Bosnien und Herzegowina: Hauptgeberinstitutionen in % der multilateralen ODA

Summe Multilaterale ODA in Mio. US \$

2003	202
2004	351,4
2005	236,4

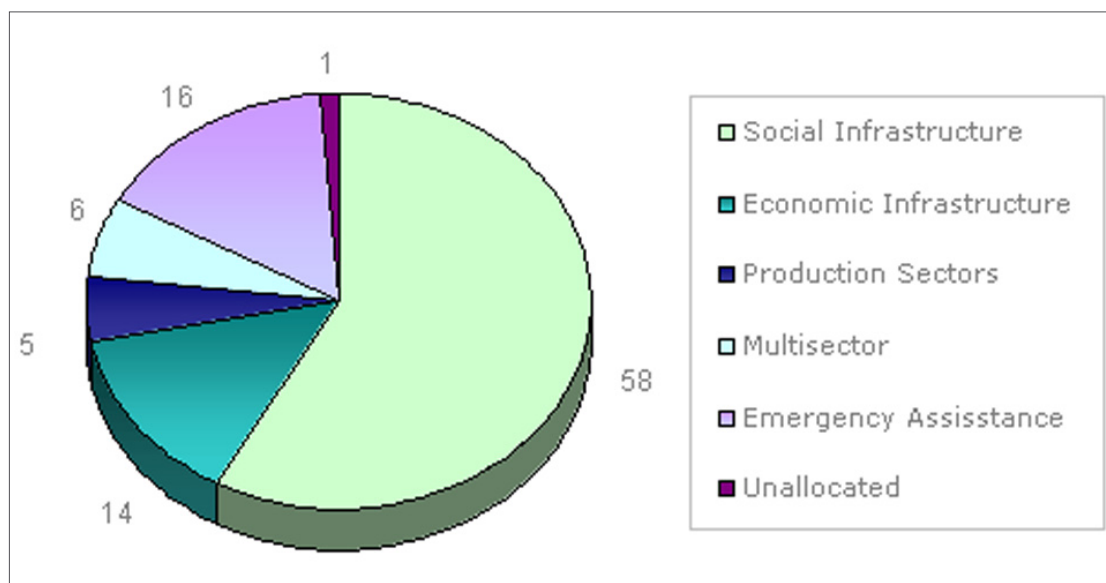


Sektorielle Verteilung der internationalen ODA

Die sektorielle Verteilung der ODA lässt sich über die Zusagen an bilateraler Hilfe anhand untenstehender Grafik für das Jahr 2005 teilweise nachvollziehen, rund 60% wurde für Soziale Infrastruktur vorgesehen. Weniger als ein Sechstel machten die Zahlungen im Bereich der Katastrophenhilfe aus. Ebenfalls ein kleiner Teil wurde für den Aufbau von Wirtschaftsinfrastruktur vorgesehen.

Grafik:
Bilateral ODA-Commitments 2005 (by purpose in Mio. US\$)

Total in Mio. US\$ 343,8



BILATERALE BEZIEHUNGEN ÖSTERREICH - BOSNIEN UND HERZEGOWINA

Überblick

Die Beziehungen zwischen Österreich und Bosnien-Herzegowina – Historischer Rückblick

Das österreichische Engagement in Südosteuropa reicht weit in die Geschichte zurück und hinterließ in der Region tiefe Spuren. Im Verlauf der Kriege gegen das Osmanische Reich stieß die Habsburger Monarchie ab dem späten 17. Jahrhundert immer tiefer auf die Balkanhalbinsel vor. 1878 wurde Bosnien-Herzegowina besetzt, 1908 annektiert. Während der österreichisch-ungarischen Präsenz wurden insbesondere im Bereich der Verwaltung und der Infrastruktur bedeutende Modernisierungen eingeleitet. Dies trug wesentlich dazu bei, dass die österreichische Herrschaft über Bosnien von den dortigen Muslimen und Kroaten bis heute vorwiegend positiv gesehen wird.

Insbesondere für serbische Nationalisten, stellte die Besetzung der Region jedoch eine offene Provokation dar. Der Wiener Hof sah dagegen serbische Untergrundaktivitäten in Bosnien als größte Bedrohung für das Habsburger Reich in Südosteuropa. Als Österreich-Ungarn einen Monat nach dem Attentat auf Thronfolger Franz-Ferdinand in Sarajevo Serbien den Krieg erklärte, hatte Wien zunächst nur einen kurzen Feldzug gegen Serbien im Sinn, der das Land innerhalb kürzester Zeit niederwerfen und die „serbische Bedrohung“ ein für alle Mal beseitigen sollte. Die Aktion geriet nicht nur zu einem militärischen Fiasko, in ihrem Verlauf begingen österreichische Truppen auch zahlreiche Massaker an der serbischen Zivilbevölkerung. Die damalige antiserbische Propaganda („Serbien muss sterben!“) sowie die Kriegsverbrechen sind in national orientierten serbischen Bevölkerungsteilen bis heute ein Faktor hinsichtlich der Wahrnehmung der Rolle Österreichs am Balkan.

In der Zwischenkriegszeit gestalteten sich die Beziehungen zwischen Österreich und dem SHS-Staat bzw. dem Königreich Jugoslawien, dem Bosnien-Herzegowina angehörte, schwierig. Grenzkonflikte und die spätere Anlehnung des Ständestaats an das faschistische Italien belasteten das Verhältnis zwischen Belgrad und Wien dauerhaft. Auf kultureller Ebene waren die Beziehungen dagegen fruchtbarer. Zahlreiche Intellektuelle studierten in Österreich, etwa der in Bosnien geborene spätere Nobelpreisträger Ivo Andrić, der in Graz seine Dissertation verfasste.

Der Zweite Weltkrieg und die Teilnahme zahlreicher Österreicher am Vernichtungskrieg von SS und Wehrmacht in Südosteuropa, der vor allem auf serbischer Seite unzählige Opfer forderte, stellten einen absoluten Tiefpunkt hinsichtlich der österreichischen Rolle in der Region dar.

Bis 1991/92 gestalteten sich die Beziehungen zwischen Österreich und Bosnien erneut im Rahmen des Verhältnisses zum jugoslawischen Gesamtstaat. Nach Kriegsende forderte Tito zunächst die Abtretung Südkärntens an Jugoslawien, danach Autonomie für die Gebiete mit slowenischer Minderheit. Beides wurde von den Westalliierten abgelehnt. Schließlich regelte Artikel 7 des Staatsvertrags die Rechte der slowenischen und kroatischen Minderheit, der jedoch trotz wiederholter Proteste Jugoslawiens und Sloweniens bis heute von Österreich nicht vollständig erfüllt wird. Der Übertritt des kommunistischen Jugoslawien in das Lager der blockfreien Länder und die zunehmende Öffnung des Landes gen Westen führten auch zu einer deutlichen Verbesserung des Verhältnisses zwischen Wien und Belgrad. Ein bedeutender Teil der in den späten sechziger und siebziger Jahren in Österreich ansässigen ArbeitsmigrantInnen stammte aus Bosnien. Die Beziehungen zwischen dem neutralen Österreich und dem blockfreien Jugoslawien gestalteten sich insbesondere ab den siebziger Jahren sehr positiv. Den damaligen Bundeskanzler Kreisky und Tito verband auch persönlich ein enges Verhältnis.

Als sich in den späten achtziger Jahren der Zerfall Jugoslawiens abzuzeichnen begann, stießen die Unabhängigkeitsbestrebungen Sloweniens und Kroatiens in Österreich und Deutschland auf große Sympathie und wurden auch diplomatisch unterstützt. Während dieses Engagement in Ljubljana und Zagreb dankbar aufgenommen wurde, sorgte es unter weiten Teilen der serbischen Bevölkerung des ehemaligen Jugoslawien für Empörung.

Unter dem Eindruck des blutigen Kriegs in Kroatien 1991 agierte Wien im Fall Bosnien-Herzegowinas bedeutend vorsichtiger. Federführend bei der Suche nach einer diplomatischen Lösung für Bosnien waren die damalige EG sowie die neu geschaffene Bosnien-Kontaktgruppe, während sich das österreichische Engagement auf den humanitären Bereich konzentrierte.

Humanitäre Hilfe aus Österreich

Die österreichische Bundesregierung stellte bereits zu Beginn des Bosnienkrieges 30 Millionen Schilling an Hilfsgeldern bereit. Rasch wurde jedoch klar, dass auch die kurz darauf beschlossene Verdopplung dieser Summe in keinem Verhältnis zum Bedarf vor Ort stand. So wurde im Mai 1992 von ORF, Caritas und Rotes Kreuz die Aktion „Nachbar in Not“ ins Leben gerufen, die von 1992 bis 2002 für das ehemalige Jugoslawien insgesamt 125 Millionen Euro sammelte.¹ Zusätzlich nahm Österreich von 1992 bis 1999 ca. 95.000 Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina auf.²

Nach Kriegsende setzten insbesondere die Caritas, das österreichische Rote Kreuz, das österreichische Hilfswerk, die Volkshilfe, die Diakonie-Auslandshilfe Österreich und Care-Österreich ihr Engagement in den Bereichen Flüchtlingshilfe und Wiederaufbau fort. Schwerpunkte sind die Hilfe für Kinder, Frauen, alte Menschen und Behinderte in den Regionen Banja Luka, Mostar, Sarajevo und Prijedor, die Versöhnungsarbeit mit den verschiedenen Bevölkerungsgruppen, die Verbesserung der sozialen Infrastruktur, die Versorgung im medizinischen Bereich und Bildungs Kooperation. Ebenfalls eine wichtige Rolle spielen Hilfsprojekte, die meist von lokalen katholischen, orthodoxen und muslimischen Gemeinden in Österreich ausgehen und Partnerschaften mit Dörfern und Städten in Bosnien-Herzegowina bilden.

1 Vgl. Kapitel „Private Entwicklungszusammenarbeit“ und <http://nachbarinnot.orf.at/> , Stand: 01.06. 2007.
2 Vgl. <http://www.oeies.or.at/doku/0001asyl.html> , Stand: 01.06. 2007.

Das Engagement der Republik Österreich in Bosnien-Herzegowina

Die diplomatischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aktivitäten Österreichs in Bosnien-Herzegowina finden auf zwei Ebenen statt: innerhalb des Engagements der EU sowie auf zwischenstaatlicher Ebene. Im Rahmen der EU setzt sich Österreich für die Integration der Staaten des Westbalkans ein. Der 1999 ins Leben gerufene und zu wesentlichen Teilen von der EU getragene Stabilitätspakt für Südosteuropa bietet finanzielle Mittel für den Wiederaufbau und die wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Region. Mit Kroatien, Makedonien, Albanien und Montenegro wurden bereits Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) unterzeichnet, die einen wesentlichen Schritt auf dem Weg zu einem künftigen EU-Beitritt darstellen. Die entsprechenden Verhandlungen mit Bosnien-Herzegowina laufen noch. EU und Weltbank unterhalten ein eigenes Kooperationsbüro für den Balkan. Im Jahr 2000 bündelte die EU ihre Hilfsprojekte für Südosteuropa durch die Schaffung von CARDS (Community Assistance for Reconstruction, Development and Stabilisation), wodurch der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP) unterstützt werden soll. Weitere europäische Einrichtungen sind die European Agency for Reconstruction (EAR) und das TEMPUS-Programm, das die Vernetzung von Universitäten in der EU und Südosteuropa zum Ziel unterstützt. Auch personell spielen Österreicher hier oft eine zentrale Rolle. Erhard Busek ist seit 2001 Sonderkoordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa, Wolfgang Petritsch hatte von 1999 bis 2002 den Posten des Hohen Repräsentanten für Bosnien-Herzegowina inne und der Grazer Jurist Joseph Marko war von 1997 bis 2000 Richter am Verfassungsgerichtshof Bosnien-Herzegowinas.

Auf bilateraler Ebene unterhält die Republik Österreich neben der Botschaft in Sarajevo auch ein Botschaftsbüro in Banja Luka (Republika Srpska), ein Büro der Österreich Kooperation für die Bereiche Wissenschaft, Bildung und Kultur sowie ein Koordinationsbüro für Ostzusammenarbeit mit Schwerpunkt Wirtschaft.

Die österreichische Botschaft organisiert 30 bis 40 einzelne Kulturveranstaltungen pro Jahr, vornehmlich Konzerte, Ausstellungen, Lesungen, Tanztheater und Filmvorführungen. Das Büro der Österreich Kooperation in Sarajevo wurde am 15. Juni 2006 von der damaligen

Unterrichtsministerin Elisabeth Gehrler eröffnet. Es wird durch das Außen-, das Wissenschafts- sowie das Unterrichtsministerium finanziert und widmet sich hauptsächlich der Vermittlung von österreichischen LektorInnen für Bosnien. Derartige Lektorate bestehen gegenwärtig an den Germanistikinstituten der Universitäten von Sarajevo, Tuzla und Banja Luka. Zwei umfangreich ausgestattete Österreich-Bibliotheken (Sarajevo und Tuzla) werden von den ÖK-LektorInnen mitbetreut. (entsprechend einer Auskunft von der Österreichischen Botschaft Sarajevo, 20.06. 2007.)

Im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit (ODA, Official Development Assistance) finanziert Österreich vor allem in Zentral- und Nordbosnien Projekte zur Armutsreduktion, zur KMU-Förderung, zur Stärkung der staatlichen Strukturen sowie zur Modernisierung des Bildungswesens. Die entsprechenden Ausgaben betragen im Jahr 2005 20,87 Mio. €. Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit (OEZA) unterhält seit 1996 ein Büro in Sarajevo. Von Beginn an war der Wiederaufbau der multiethnischen Gesellschaft und die Rückkehr von Minderheiten in Gebiete, die von einer anderen Volksgruppe dominiert wurden, ein Kernanliegen der OEZA. Die OEZA nennt drei grundlegende Kriterien als Grundlage ihrer Projekte: Arbeitsmarktrelevanz, Europäisierung und Demokratisierung. Das Budget der OEZA für Projekte in Bosnien-Herzegowina für 2005 betrug 3,1 Mio. €, für 2007 sind ebenfalls 2,3 Mio. € vorgesehen. Besondere Wichtigkeit wird der Zusammenarbeit mit Universitäten und NGO's eingeräumt, um dem Phänomen des brain drain entgegenzuwirken. Das Programm „Brain Gain“ soll die langjährige intensive Zusammenarbeit mit den Universitäten des Landes weiter intensivieren und deren Strukturen verbessern, die Rückkehr von bosnischen AkademikerInnen aus dem Ausland in ihre Heimat fördern und gut ausgebildeten Fachkräften im Land neue Perspektiven eröffnen. (vgl. Österreichische Ostzusammenarbeit: Landesprogramm der Österreichischen Ostzusammenarbeit Bosnien und Herzegowina 2005 bis 2007, Wien 2004, S. 11 ff.)

Zusammenarbeit im universitären Bereich

Hinsichtlich der Kooperation zwischen Österreich und Bosnien-Herzegowina im universitären Bereich bestehen seit Jahrzehnten sehr enge Kontakte. Neben den bereits erwähnten Lektoraten in Sarajevo, Tuzla und Banja Luka existieren an der Universität Graz auf der juristischen Fakultät ein Kompetenzzentrum Südosteuropa mit starkem Bosnien-Schwerpunkt, eine Abteilung für Südosteuropäische Geschichte mit Fokus auf historische Anthropologie und Kulturwissenschaft sowie das Center for the Study of Balkan Societies and Cultures (CSBSC). Darüber hinaus werden im Rahmen der Südosteuropaakademie Vortragsreihen angeboten.

Das Kompetenzzentrum Südosteuropa bietet individuelle und spezielle Beratung zu den Bereichen Recht, Wirtschaft und Politik, verfügt über spezialisierte LänderreferentInnen, betreut Partner in der Wirtschaft und unterhält eine Rechtsdatenbank, eine Expertendatenbank sowie ein Dokumentationszentrum. Zudem werden Lehrgänge und Seminare zur Weiterbildung von Verwaltungsbeamten aus der Region offeriert, um die dortigen Strukturen an europäische Standards anzunähern. Im Rahmen der jüngsten Hochschulreform in Österreich soll der Südosteuropa-Schwerpunkt der Universität Graz weiter vertieft werden.

Das 1983 gegründete World University Service (WUS) Austria ist eine Non-Profit Organisation mit Schwerpunkt Südosteuropa, die sich der Intensivierung universitärer Kontakte und der Abhaltung von Projekten in der Region widmet. Es unterhält ein Büro in Sarajevo und arbeitet eng mit der Austrian Development Agency (ADA) zusammen. In Bosnien-Herzegowina unterhält WUS Austria Partnerschaften mit den Universitäten Banja Luka, Bihac, Mostar East, Mostar West, Sarajevo, Sarajevo East, Tuzla und Zenica. Schwerpunkte der letzten Jahre sind die Unterstützung der Reform von Universitäts-Curricula, um sie an die EU-einheitlichen Bologna-Standards anzugleichen, die Kooperation von Universitäten mit der Privatwirtschaft sowie Aktivitäten im Bereich Kultur. (Interview mit Nina Taso, Programmkoordinatorin WUS Austria vom 02.06. 2007.)

Die Universität Wien verfügt über einen Osteuropa-Schwerpunkt, der aber auch Forschungsprojekte in Südosteuropa mit einschließt, beispielsweise in Fragen der transnationalen Migration. Darüber hinaus bietet das Institut für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM) in Zusammenarbeit mit der Diplomatischen Akademie Lehrgänge, Seminare und Veranstaltungen zur Politik, Geschichte und Kultur Südosteuropas an.

Basisdaten

Schwerpunktland der OEZA/Ost seit 1999

Gesamt-ODA an Bosnien und Herzegowina 2005 20 Mio. €; 2,1% der bilateralen ODA Österreichs

Koordinationsbüro der OEZA in Sarajevo seit 1996

Programmatischer Hintergrund

Die ersten durch das Bundeskanzleramt (BKA) finanzierten, humanitären Hilfslieferungen an Bosnien fanden bereits Ende der 1980er Jahre statt. Seit Anfang der 1990er Jahre und mit dem Zerfall des ehemaligen Jugoslawien wurden dann im Rahmen der damaligen Ostförderung – später Ostzusammenarbeit (OZA) – österreichische Unterstützungsleistungen für Südosteuropa darunter auch das heutige Bosnien und Herzegowina gezahlt. Aufgrund seiner geographischen Lage hatte Österreich besonderes Interesse sich an der internationalen Strategie der Stabilisierung und des Wiederaufbaus der Region zu beteiligen. Die internationale Gemeinschaft verfolgte damit das Ziel, den Reformprozess der Staaten Mittel- und Osteuropas, ehemals realsozialistischer Länder zu stärken und die Entwicklung marktwirtschaftlicher und demokratischer Strukturen zu unterstützen. Das Hauptaugenmerk lag auf Europa und auf der europäischen Integration, daraus ergab sich auch eine kürzere zeitlich begrenzte Perspektive für die Kooperation. Durch den Krieg relativierte sich letztere und es wurde klar, dass im Sinne einer längerfristigen Entwicklungsperspektive Wissenstransfer in andere Maßnahmen eingebettet sein musste. (vgl. Loretz 2006) Bosnien zählte zunächst nicht zu den Schwerpunktländern, die 1993 im Ostkonzept des Bundeskanzleramts definiert wurden, da sich die Prioritätensetzung auf die unmittelbaren Nachbarstaaten Österreichs Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien bezog. Diese Prioritätensetzung veränderte sich mit dem Ostkonzept 1997, Bosnien und Herzegowina wurde nun zu der Gruppe der „Reformstaaten ohne Europaabkommen“ gerechnet und als Schwerpunktland der OZA – später dann als Teil der OEZA (Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit) geführt - definiert. Als Kriterien für diese Auswahl galten die wirtschaftliche und soziale Situation des Landes sowie bestehende Kontakte des BKA, die Rahmenbedingungen vor Ort, die Situation hinsichtlich Demokratie und Menschenrechte sowie die Interessen der österreichischen Wirtschaft. Die Rahmenbedingungen für die Kooperation mit Bosnien und Herzegowina wurden durch das Ostkonzept 2000, das Friedenssicherung und Stabilisierung in Südosteuropa als zentrale Aufgabe der OZA definierte, entscheidend verändert. Österreich agierte hier innerhalb des Stabilitätspaktes, mit dem seit 1999 für Südosteuropa ein regionales Gesamtkonzept zur dauerhaften Stabilisierung und Befriedung der Region existierte.

Beteiligung am Wiederaufbau

Während des Krieges wurde Bosnien und Herzegowina mit umfangreichen Programmen - insbesondere im Bereich der Humanitären Hilfe- von Österreich unterstützt. Zusätzlich zu den Geldern der Bundesregierung und der österreichischen Bundesländer wurden im Rahmen der groß angelegten Spendenaktion „Nachbar in Not“ auch private Mittel für Projekte zur Verfügung gestellt. Seit dem Friedensabkommen von Dayton 1995 lancierte die OEZA ein umfangreiches Wiederaufbauprogramm als Teil des von der Weltbank und der Europäischen Kommission koordinierten 5-jährigen Wiederaufbauprogramms für Bosnien und Herzegowina. In dieser Zeit stiegen die ODA-Leistungen erstmals an und Bosnien und Herzegowina blieb bis 1998 an erster Stelle der Empfängerländer der ODA-Mittel der Ostzusammenarbeit. Damals, als die ODA-Zahlungen an Bosnien am höchsten waren, bestand die Unterstützung

aber zu rund 95% aus Katastrophen- und Nothilfe, die in Form von Betreuung von de facto Flüchtlingen und Asylwerbern in Österreich geleistet wurde und nur ein kleiner Teil davon war zunächst für Nothilfe im Partnerland vor Ort vorgesehen. Den zweitgrößten Posten machten die indirekten Studienplatzkosten aus, die sich bereits 1995 auf 41.000.000 Mio. ATS beliefen. Erst ab 1996 kamen neue Projekte vor Ort in verschiedenen Sektoren hinzu hinzu, so begann für die Universität und Nationalbibliothek von Sarajewo ein mehrjähriges Engagement, das Soforthilfsmaßnahmen und langfristige Renovierungs- sowie Wiederaufbauarbeiten beinhaltete und es wurde ein österreichisches Koordinationsbüro in Sarajewo eingerichtet. Im Bereich Wasserversorgung, Energie und Wiederaufbau der sozialen Infrastruktur wurde mit Projekten der Wohnraumsanierung begonnen. Im Rahmen der UN-Friedensmission und der OSZE-Unterstützung für die Wahlen beteiligte sich Österreich an Programmen zu Friedenssicherung und Demokratisierung in Bosnien und Herzegowina. Jedoch banden Betreuung und Aufnahme von de facto Flüchtlingen in Österreich mit über 80% den größten Teil der bilateralen ODA an BiH. Zweitgrößter Posten war die Postsekundäre Bildung, die aber wiederum hauptsächlich aus indirekten Studienplatzkosten bestand (44 Mio. ATS für rund 580 Studierende).

Flüchtlingsbetreuung in Österreich

Ab 1997 kam es zu einer Veränderung: zum ersten Mal nach Kriegsende sank die österreichische ODA an BiH um die Hälfte, dieser Trend setzte sich in den folgenden Jahren weiter fort bis sich die jährliche Leistung bei 15 Mio. € einpendelte. Eine Ursache dafür war der Rückgang der Aufwendungen für Flüchtlingsbetreuung innerhalb Österreichs, die im Zuge der Stabilisierung der innenpolitischen Situation im Herkunftsland zurückgingen. Die hohen Aufwendungen für AsylwerberInnen in Österreich nahmen kontinuierlich ab, dafür stieg die Zahl weiterer bilateraler Projekte vor Ort.

Projektarbeit vor Ort

Im Bereich der Postsekundären Bildung wurden Stipendien vergeben und die ersten Beiträge zur Unterstützung der Universitäten in Tuzla, Mostar, Banja Luka und Sarajevo durch den World University Service (WUS) wurden gezahlt. Ein beginnendes Engagement gab es in dieser Zeit auch im Wassersektor durch ein Programm zu Aufbau und Sanierung von Wasserversorgungssystemen in 8 Städten. Österreich beteiligte sich auch am Wiederaufbau des Flughafens in Sarajewo durch die Bereitstellung von technischen Geräten.

Friedenssicherung

Entsprechend der internationalen Strategie zur Friedenssicherung in der Region zahlte Österreich ab 1997 Beiträge für die UN-Friedensmission und das OSZE Engagement bei den Wahlen. Neu hinzu kam weiters eine Kooperation im Industriesektor im Bereich KMB sowie in Form von Beiträgen zum Weltbankprojekt für Mikrokreditfinanzierungen. Ein zunehmendes Engagement Österreichs in wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Bereichen zeichnete sich auch in den Folgejahren in der Zusammensetzung der ODA-Zahlungen ab, die Mittel für den Industriesektor insbesondere die MKMB-Förderung verdreifachten sich und die Beteiligung Österreichs an den UN Missionen UNMIBH und UNIPTF und das UN-Mine Action Centre bewirkte eine Steigerung der ODA-Leistungen am Sektor Regierung und Zivilgesellschaft. Bis 1999 machten die Leistungen Österreichs im Rahmen internationaler Einsätze bereits die Hälfte der bilateralen ODA aus während die Betreuungskosten und Nothilfeprogramme fast zur Gänze zurückgegangen waren.

Zusammensetzung der ODA:

Zusammensetzung und Ausmaß der bilateralen ODA an BiH zeigen zwischen 2001 und 2005 wenig Veränderung. Den größten Anteil nahm der Sektor Postsekundäre Bildung ein, die Zahlungen für diesen Bereich machten pro Jahr rund 50% aus. Ein Großteil davon entstand aber durch die anfallenden indirekten Studienplatzkosten für mehr als 1.000 Studierende jährlich. Finanziell gesehen machte der Anteil, der für die Unterstützung und Kooperation mit bosnischen Universitäten gezahlt wurde, nur einen kleinen Teil davon aus. Jene Gelder, die für

Zinssatzreduktionen im Rahmen der Entschuldungsmaßnahmen vorgesehen wurden, blieben konstant bei 3 Mio.€ jährlich, schwankten aber je nach Gesamt-ODA zwischen einem Anteil von 20 und 30%. Auch der Personaleinsatz und die Zahlungen Österreichs im Rahmen der internationalen Missionen für Konfliktprävention, Friedenssicherung (SFOR, EUFOR ALTHEA unter UN-Mandat) banden zwischen 10- 20% der jährlichen bilateralen ODA.

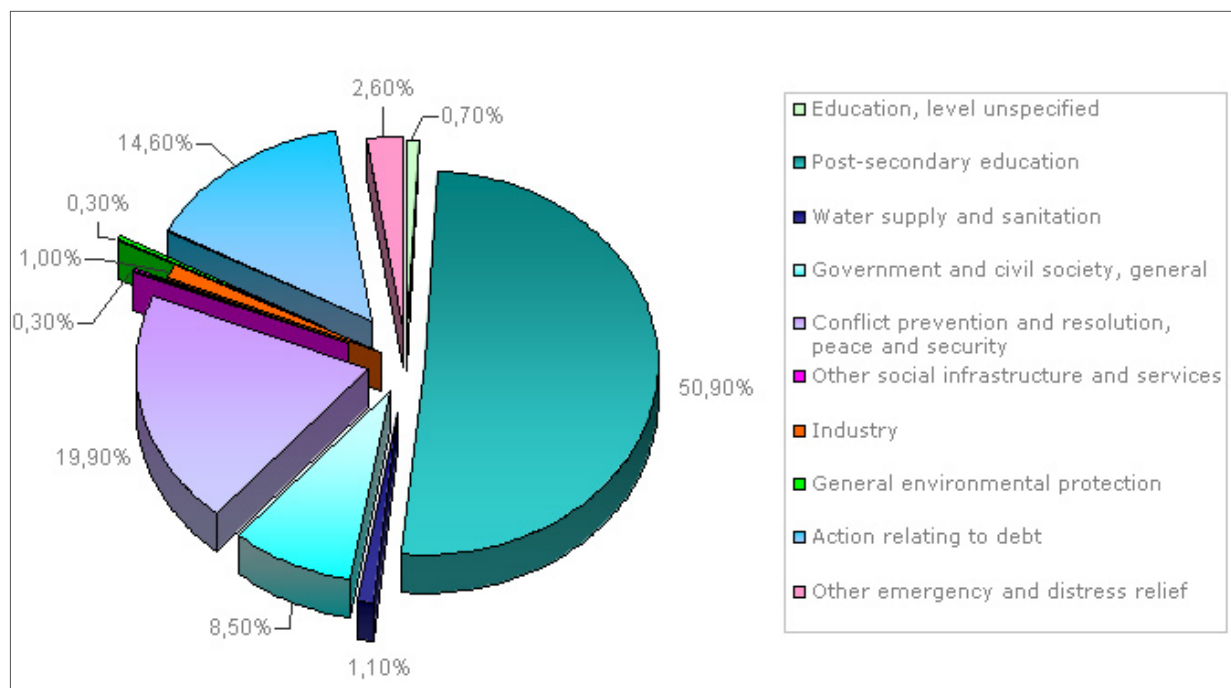
Aktueller Stand

Der relativ geringe Teil, der für bilaterale Projekte aufgewendet wurde, konzentrierte sich auf die institutionelle Stärkung des Wassersektors (Bau von Wasserkraftwerken), Einrichtung einer Kreditlinie für Unternehmensförderung und Existenzgründung in Bosnien sowie auf Beiträge, die an den ITF-Internationaler Fond für Minenräumung und Hilfeleistung für die Minenopfer gingen. Die Sektorverteilung aus dem Jahr 2005 veranschaulicht diese Verteilung.

Grafik

Die österreichische bilaterale ODA an Bosnien und Herzegowina nach Sektoren 2005 (in % der ODA)

SUMME (in Mio.€) 20,9



Zusätzlich finanziert Österreich heute Programme, die bei der Annäherung an die Europäische Union Unterstützung bieten sowie regionale Programme, die die Vernetzung und Kooperation Bosnien und Herzegowinas mit den anderen Ländern der Region fördern. Dabei konzentriert sich die OEZA auf die Unterstützung beim Aufbau einer funktionierenden öffentlichen Verwaltung.

Als Ziele der Kooperation wurden im Ostkonzept folgende Punkte angeführt:

- Förderung der Rechtsstaatlichkeit; z.B. Unterstützung von Maßnahmen internationaler Organisationen im Rahmen des Stabilitätspaktes
- Stärkung der Zivilgesellschaft; Förderung lokaler NGOs und unabhängiger Medien
- Schutz und Stärkung von Menschen- und Minderheitenrechten
- Unterstützung beim Aufbau effizienter Verwaltungs- und Managementstrukturen; z.B. Bildungsmaßnahmen für MitarbeiterInnen der öffentlichen Verwaltung

ODA Österreichs an Bosnien und Herzegowina seit 1995

Die Aufteilung der jährlichen Zahlungen auf die zuständigen Behörden innerhalb Österreichs blieb über die Jahre nahezu unverändert: die größten Beträge wurden vom Bundesministerium für Finanzen für die Schuldenreduktionen und multilateralen Beiträge gezahlt. Eine weitere wichtige Finanzquelle stellte das Bildungsministerium für die indirekten Studienplatzkosten, Stipendien, LehrerInnenentsendungen sowie Reformen des Bildungswesens dar.

Das Innenministerium als dritter wichtiger Geber trug die Kosten der Flüchtlinge und AsylwerberInnen und stellte Personal im Rahmen von UN-Friedensmissionen. Ab 2000 finanzierte das heutige Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten -ehemals BMA- die Ostzusammenarbeit an Bosnien und Herzegowina.

Die Geldflüsse Österreichs, die im Rahmen der Ostförderung an Bosnien und Herzegowina an die OECD gemeldet wurden, waren im internationalen Vergleich hoch, der gestaltbare Anteil der Programme und Projekte – die Ostzusammenarbeit (OZA) war jedoch relativ gering. Insbesondere Schuldenerleichterung und Beiträge an multilaterale Organisationen machten in manchen Jahren nahezu 100% aus. Mit dem EU-Beitritt wuchs der Anteil und die Bedeutung multilateraler Beiträge und die Aufwendungen für Flüchtlinge aus Bosnien und Herzegowina. Ab der zweiten Hälfte der 90er Jahre kamen die indirekten Studienplatzkosten dazu, die zuvor nicht gemeldet wurden und bis heute einen Großteil der bilateralen ODA Österreichs an BiH ausmachen (bis zu 40%). Über den Zeitraum 1995-2005 gesehen weist die Statistik große Unterschiede auf, die ODA-Zahlungen schwankten zwischen 79 und 12 Mio.€.

Durch die Entschuldung, die im Jahr 2000 zu Buche schlug wurde eine weitere Reduktion der bilateralen ODA noch nicht sichtbar, erst 2001 wurden die Auswirkungen der neuen Schwerpunktsetzung im Ostkonzept 2000 deutlich, die Hilfe blieb ab diesem Jahr auf dem derzeitigen Niveau von rund 15 Mio.€ jährlich. Die Summe der Direktinvestitionen stieg aber im Gegensatz dazu sprunghaft an.

Tabelle 3:
Die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit Österreichs mit Bosnien und Herzegowina in Mio.€

	1995	1996	1997	1998
ODA gesamt	79	74,5	39,8	34,6
Zuschüsse	79	74,5	39,8	34,6
Kredite	-	-	-	-
% der bilat. ODA Österreichs	25%	30%	15%	13%

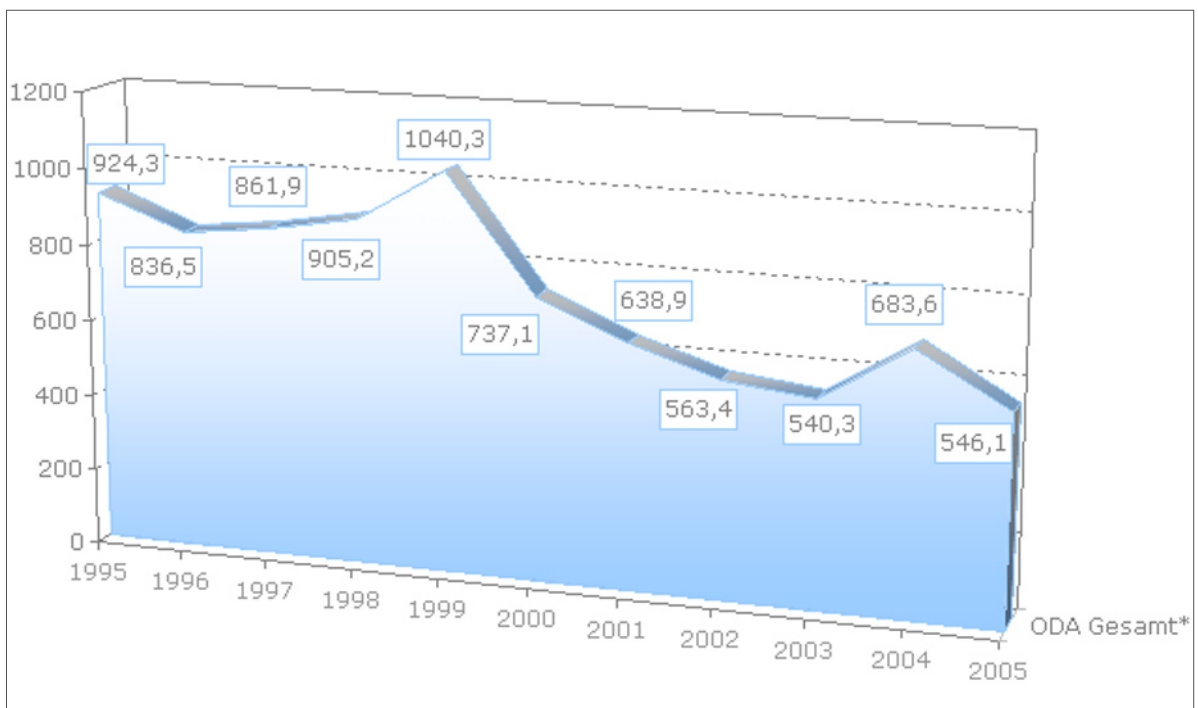
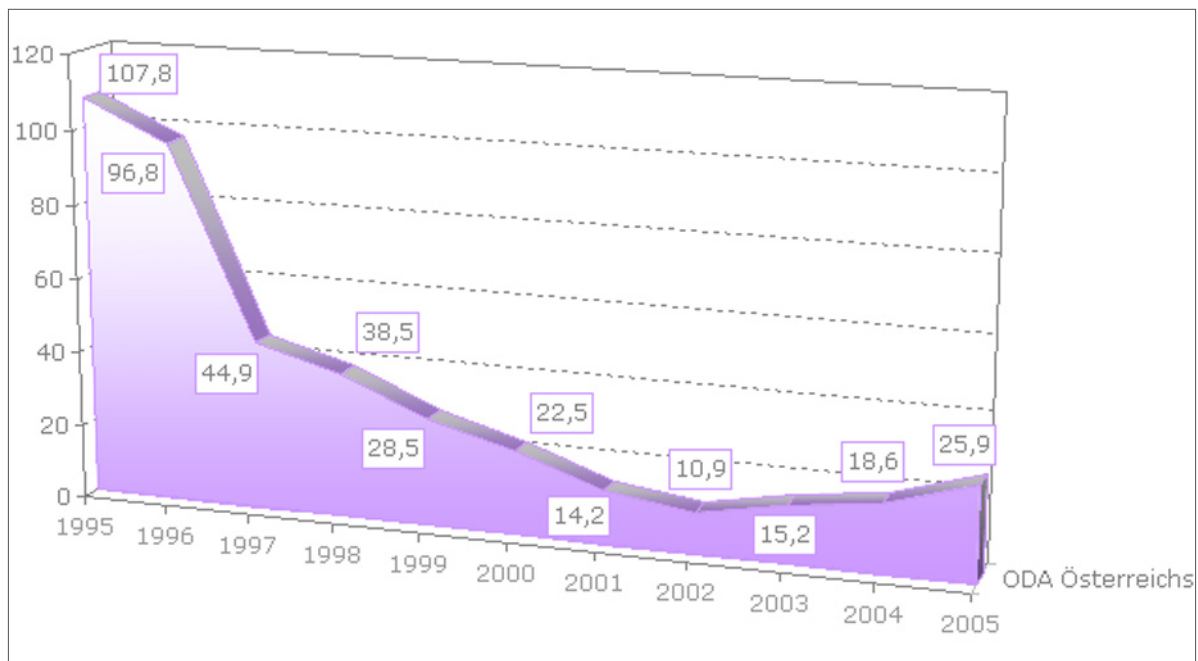
	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
ODA gesamt	26,7	24,4	15,8	11,6	13,5	15	20,9
Zuschüsse	26,7	24,4	15,8	11,6	13,5	15	20,9
Kredite	-	-	-	-	-	-	-
% der bilat. ODA Österreichs	9,2%	8,2%	3,2%	3%	6,7%	5,3%	2,1%

Quelle: OEZA-Statistik/ÖFSE/TBK; DAC-Statistik

Dadurch ergaben sich aber für die ODA Österreichs an BiH andere Entwicklungen als für die gesamte Netto ODA. Während international die Veränderungen durch den Stabilitätspakt in finanzieller Hinsicht ab 2000 deutlich sichtbar werden, sanken die Leistungen Österreichs bereits ab 1997 durch den Rückgang der Kosten für die Betreuung von AsylwerberInnen in Österreich. Weiters wirkte sich der Anstieg Österreichs Beteiligung an internationalen Missionen in der Summe der bilateralen ODA aufgrund der konstant gleich bleibenden Kosten im Bereich Postsekundäre Bildung und Schuldenreduktion kaum aus.

Grafik:

Die Entwicklung der ODA-Leistungen Österreichs im Vergleich zur gesamten Netto ODA der Geber an Bosnien und Herzegowina zwischen 1995-2005 in Mio. US\$:



Quelle: OECD - Geographical Distribution, verschiedene Jahrgänge.

*Die Angaben beinhalten den bilateralen und multilateralen Anteil der ODA. Die bilaterale ODA machte aber konstant zwischen 60-70% aus.

Aktuelles Landesprogramm der OEZA 2005-2007

Die Geographische Schwerpunktsetzung der OEZA/Ost innerhalb Bosnien und Herzegowinas kristallisierte sich bereits in der ersten Hälfte der 1990er Jahre heraus, Kernanliegen der OEZA war von Beginn an der Wiederaufbau der multiethnischen Gesellschaft Bosnien und Herzegowinas. Dementsprechend wurde Zentralbosnien als ethnisch am meisten gemischte Region zum geographischen Schwerpunkt gewählt und ab 1996 unterstützte Österreich dort die Minderheitenrückkehr.

Auch im aktuellen Landesprogramm der OEZA von 2005-2007 für Bosnien und Herzegowina wurde die Schwerpunktregion Zentral- und Nordbosnien definiert. Dabei zielt diese regionale Konzentration auf die Kontinuität der Kooperation, die Förderung des lokalen Entwicklungspotentials, des multiethnischen Zusammenlebens und auf den Wiederaufbau nach Kriegszerstörungen ab.

In programmatischer Hinsicht stehen weiterhin die Stabilisierung und Konsolidierung der politischen Situation im Land und die Heranführung an die EU im Mittelpunkt. Konfliktprävention und Versöhnung sind zentraler Bestandteil der OEZA mit Bosnien geworden. Da aber die österreichische Wirtschaft ein besonderes Interesse an einer langfristigen Zusammenarbeit hat, rückte inhaltlich zusätzlich der Bereich „Wirtschaft und Beschäftigung“ in den Vordergrund und ist integraler Bestandteil des Kooperationsprogramms. Um die wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig zu unterstützen werden der Schaffung von Beschäftigung und Einkommen sowie der Stärkung von Produktionskapazitäten ein besonderer Stellenwert eingeräumt. Die Förderung des Privatsektors und der Ausbau der Infrastruktur spielen dabei eine wichtige Rolle. Weitere wichtige Bereiche sind die Bildungszusammenarbeit und die Stärkung des Gesamtstaates und der gemeinsamen Identität.

Schwerpunktsektoren der OEZA

Bildung

Die Modernisierung des Bildungswesens soll als Voraussetzung für politische Stabilität und nachhaltigen wirtschaftlichen Aufschwung dienen. Österreich handelt hier im Rahmen des Stabilitätspaktes.

Dabei werden im Programm der OEZA drei Zielsetzungen verfolgt:

- es soll ein Beitrag zur verbesserten Arbeitsmarktrelevanz des Bildungswesens geleistet werden
- Unterstützung der Internationalisierung des Bildungswesens durch Umsetzung der europäischen Standards und Vernetzung bosnisch-herzegowinischer Institutionen mit relevanten Partnern in Österreich und in der EU
- Beitrag zur Demokratisierung des Bildungswesens

Daraus ergeben sich für die OEZA der Schwerpunktbereich Höhere Bildung (inklusive Forschung) und Berufsbildung. Zum einen wird die Zusammenarbeit mit Universitäten in Bosnien und Herzegowina fortgesetzt. Diese beinhaltet Unterstützung bei der Gestaltung des Lehrangebots und Entwicklung von Lehr und Lernmethoden (e-learning), „Brain-Gain-Programme“. Die Fokussierung liegt aber auf dem Schnittpunkt Bildung und Arbeitsmarkt. Dies steht in einem engen Zusammenhang mit der Unterstützung des Zugangs bosnisch-herzegowinischer Universitäten zu europäischen Forschungsförderungsmitteln im Rahmen der EU-Rahmenforschungsprogramme. Mögliche institutionelle und strukturelle Reformen zur Stärkung gesamtstaatlicher Strukturen im Bildungsbereich werden in Abstimmung mit internationalen Akteuren (Weltbank, OSZE und Europarat) geprüft. Im Berufsbildungsbereich findet eine Unterstützung der Modernisierung der Wirtschaftsschulen statt.

Dabei wird das Modell der „Übungsfirmen“ an sechs berufsbildenden Wirtschaftsschulen erprobt. In Abstimmung mit der Reform der Berufsbildung (OSZE, Europäische Kommission) wird dieses Modell auch regional bei anderen Wirtschaftsschulen in Südosteuropa gefördert. Weitere Maßnahmen zur Förderung wirtschaftsrelevanter Ausbildung - etwa im Bereich von Tourismusschulen - werden auch geprüft.

Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung

Übergeordnetes Ziel der OEZA-Maßnahmen in diesem Sektor ist die Förderung des Wirtschaftswachstums, Steigerung der Investitions- und Beschäftigungsquote sowie des volkswirtschaftlichen und individuellen Einkommens. Der Beitrag der OEZA liegt in der Stärkung des produktiven Sektors und in der Schaffung von Beschäftigung einerseits und in der Verbesserung des Umfelds für heimische und ausländische Investoren andererseits. Damit entspricht die Strategie der OEZA auch der im PRSP festgelegten Entwicklungsstrategie. Dem KMU-Sektor kommt eine besonders wichtige Rolle zu, da kurzfristig die ausländischen Direktinvestitionen nur in beschränktem Maße zu erwarten sind.

Die Maßnahmen stützen sich auf das Strategiepapier „Wirtschaft und Beschäftigung für Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Serbien und Montenegro“. Dazu gehören

- die Förderung von öffentlichen Institutionen zur Förderung des Investitionsklimas
- Unterstützung von Gemeinden als Partner für Investoren
- KMU Förderung zur Schaffung neuer Arbeitsplätze
- Moderne Arbeitsmarktverwaltung zur Verringerung der Arbeitslosigkeit

Ausgangspunkt dafür sind die laufenden Projekte der OEZA im Bereich Wirtschaft und Beschäftigung wie die Kreditvergabe an KMUs im Rahmen des European Fund for BiH, Fortbildung für UniversitätsabsolventInnen am Entrepreneurship Training Centre und die Förderung der Modernisierung des Grundbuchwesens in Bosnien und Herzegowina gemeinsam mit der GTZ und SIDA.

Mögliche weitere Projekte zur Umsetzung der OEZA-Strategie, wie Synergien zwischen Maßnahmen der OEZA und Investitionsvorhaben der österreichischen Privatwirtschaft zu nützen werden überprüft.

Stärkung der gemeinsamen Identität und des Gesamtstaates Bosnien und Herzegowina

Sektorübergreifend stellt dieses Querschnittsthema eine Zielsetzung für das gesamte OEZA-Programm dar. In dieser Form kommt die OEZA den Schwerpunkten Konfliktprävention und Versöhnung des Stabilitätspakts für Südosteuropa nach. Die Auswahl von Projekten, deren Konzeption und die Kooperationsformen werden in Anbetracht dieser Strategie durchgeführt. Zusätzlich werden Identitätsbildende Maßnahmen gefördert, wichtige gesamtstaatliche Institutionen unterstützt und mit den internationalen Organisationen kooperiert.

In zahlreichen Gemeinden hat die OEZA Projekte zur Verbesserung der kommunalen Wasserversorgung, zur Stärkung der Wasser/Abwasser/Abfall Ver- bzw. Entsorgung sowie zur Erhöhung des Umweltbewusstseins finanziert. Bosnien Herzegowina ist ein regionaler Schwerpunkt des Minenaktionsprogramms des BMeiA. Der Großteil der dafür zu Verfügung stehenden Mittel wird für Entminung eingesetzt. Zusätzlich zum Landesprogramm finanziert die OEZA - insbesondere im Rahmen des Stabilitätspakts - eine regionale Budgetlinie für Südosteuropa. Entsprechend der OEZA-Strategie zur Regionalen Kooperation Südosteuropa wird die Kooperation mit Bosnien und Herzegowina von dem Oberziel bestimmt, die politische und wirtschaftliche Einbindung Südosteuropas in die gesamteuropäischen Strukturen zu verstärken um so langfristig die Gefahr von Konflikten zu bannen und nachhaltig zu Stabilität in der Region, und damit Europas, beizutragen.

Dadurch stellt die **Förderung regionaler Kooperationsansätze** (http://www.ada.gv.at/up-media/2330_oeza_strategie_regionale_kooperation_s_dosteuro-pas) innerhalb Südosteuropas ein zentrales Prinzip für die OEZA mit Bosnien und Herzegowina dar. Der Stabilitätspakt für Südosteuropa bestimmt die Schwerpunkte der Kooperation Sicherheit, Wirtschaft und Demokratie & Menschenrechte aller Geber in Bosnien und Herzegowina auch in finanzieller Hinsicht. (z.B. Infrastrukturprojekte mit der Zielsetzung der Einbindung Südosteuropas in gesamteuropäische Konzepte) und stellt somit den wichtigsten Koordinierungsrahmen für regionale Projekte in Südosteuropa dar. Für Österreich sind die verbesserte Geberkoordination und die Stärkung der europäischen Rolle in der internationalen Balkanpolitik von besonderem Interesse.

Konkrete Programme und Projekte in Bosnien und Herzegowina

(http://www.ada.gv.at/up-media/2505_l_nderinformation_buh_26_9_06____.pdf)

Schaffung einer modernen Grundbuchverwaltung in Bosnien und Herzegowina:

Dieses Projekt unterstützt den Wiederaufbau des Grundbuchverwaltungssystems im Partnerland, das zwar im 19. Jahrhundert eingeführt wurde, aber während des Krieges schwer in Mitleidenschaft gezogen wurde. Ein funktionierendes Grundbuchssystem wird sowohl für ausländische InvestorInnen als auch für die inländische Wirtschaft von grundlegender Bedeutung bewertet. Das Vorhaben beinhaltet Schulungsmaßnahmen für MitarbeiterInnen der Gerichte, den Aufbau EDV-gestützter Grundbuchdatenbanken an den Gerichten, Unterstützung der Gerichte bei der Übertragung der Daten in das neu aufzubauende System und die Vernetzung zwischen Kataster- und Grundbuchwesen. Das Projekt wird zu von der schwedischen SIDA finanziert, die Implementierung erfolgt durch die deutsche GTZ und Österreich beteiligt sich mit einem 37% Beitrag an dem gemeinsamen Projekt zur Grundbuchreform seit 2003. Das Wiederaufbauprogramm stellt ein Kernelement der Umsetzung des ADA-Landesprogramms für Bosnien und Herzegowina dar und zielt auf den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes ab.

Unterstützung zum Aufbau der staatlichen Justizinstitutionen: Im Rahmen der von der internationalen Gebergemeinschaft (USA, UK, D, NL und Österreich) unterstützten Justizreform in Bosnien und Herzegowina verpflichtete sich Österreich einen Beitrag zum Aufbau dieser Institutionen zwischen 2006-2008 zugesagt. Um eine nachhaltige Stabilisierung des Landes zu erreichen wird einer umfassenden Reform des gesamten Justizsektors besondere Bedeutung beigemessen. Noch vor drei Jahren hatte BiH weder einen Strafgerichtshof, noch eine Staatsanwaltschaft auf gesamtstaatlicher Ebene und damit keine Möglichkeit, Kriegsverbrechen und andere Fälle von Schwerekriminalität internationalen Standards entsprechend zu verfolgen. Mittlerweile sind erste Fortschritte in der Justizreform **Nedds for donor support and achievable results** ([http://www.mpr.gov.ba/inc/docs.asp?doc=/en/docs/28.pdf&naslov=Nedds%20for%](http://www.mpr.gov.ba/inc/docs.asp?doc=/en/docs/28.pdf&naslov=Nedds%20for%20)) bemerkbar, BiH kann bereits dank des Staatsgerichtshofs Straffälle vom Internationalen Gerichtshof für Kriegsverbrechen in Ex-Jugoslawien (ICTY) übernehmen.

Entwicklung von Lernmaterial für den Schulunterricht: Die herkömmlichen Lehrpläne des Bildungssystems in Bosnien betonten die drei verschiedenen Sprachen, die unterschiedlichen Kulturen und deren jeweilige Geschichte, anstatt nach Gemeinsamkeiten zu suchen. Um dieser Entwicklung entgegen zu wirken, initiierte Kulturkontakt Austria ein Projekt zur Unterstützung interethnischer Kooperation und Toleranz durch neue Lehrmittel und Unterrichtsmethoden. Daraus ging ein Lehrbuch hervor, das bis heute von LehrerInnen aller drei Volksgruppen verwendet wird. Ein wichtiger Aspekt dieses Projektes war es, die Vernetzung der Landesteile und gemeinsame Aktivitäten zwischen Schulen und den Pädagogischen Instituten in den Regionen und zwischen den Volksgruppen zu fördern. Innerhalb von zwei Jahren erarbeiteten VertreterInnen aller drei Volksgruppen gemeinsam mit österreichischen ExpertInnen und in Zusammenarbeit mit dem Bildungsministerium des Kantons Sarajewo das Lehrbuch „Pogledi“ („Sichtweisen“) für offenes

Lernen und interkulturellen Unterricht. Die Buchkonzeption nimmt Abstand von der bis dahin praktizierten Übersetzung sämtlicher Lehrmaterialien in die drei Landessprachen. „Pogledi“ ist ein für alle drei Volksgruppen identes Lehrbuch, in dem gleichwertig bosnische, kroatische und serbische Texte abgedruckt sind. Die bewusste Gleichsetzung der Sprachen erleichtert die interkulturelle Kommunikation im Unterricht und fördert das Verständnis für andere Menschen, Kulturen und Sprachen. Neue, offene Lehr- und Lernformen wie Projektunterricht führen zu größerer Aktivität und Selbstverantwortung der SchülerInnen. Die Lehrpersonen übernehmen eine stärker beratende und unterstützende, dafür weniger wissensvermittelnde Funktion. Seit 2001 wurden in mehr als 35 Workshops in 30 Städten beider Entitäten über 750 LehrerInnen durch MultiplikatorInnen zur Handhabung des Buches fortgebildet. „Pogledi“ (<http://www.kulturkontakt.or.at/pogledi>) wurde von allen Bildungsministerien Bosniens und Herzegowinas anerkannt und ist eines der wenigen Lehrbücher, die im Unterricht im gesamten Land eingesetzt werden.

Sommeruniversitäten in Südosteuropa:

(<http://notes.wu-wien.ac.at/usr/rektorat/memos/wumemo72.nsf/3c0044abd66579618025648b004d098e/95ad5c3d8ee8a51dc12571a200590b23?OpenDocument>) In der universitären Landschaft Ost- und Südosteuropas besteht zunehmender Bedarf nach Internationalisierung. Südosteuropäische Universitäten haben hier Aufholbedarf, um als Partner für internationale Projekte, Studierende und ForscherInnen attraktiv zu sein. Ziel des Projekts „Netzwerk Internationale Sommeruniversitäten in Südosteuropa“ ist es, Studierende und Lehrende zusammenzubringen, um in einer internationalen und interkulturellen Atmosphäre zu lehren und zu studieren. Jährlich findet eine internationale Sommeruniversität (ISU) zwischen 2006-2009 für jeweils drei Wochen - abwechselnd in Montenegro, Bosnien und Herzegowina, Albanien bzw. im Kosovo statt. Im Rahmen des Projekts übernahm die Wirtschaftsuniversität Wien die Organisation und Koordination des Vorhabens, lädt Wirtschaftsfakultäten der Universitäten im Raum Südosteuropa zur Koordination ein und erstellt mit den Verantwortlichen das Lehrprogramm. Der inhaltliche Schwerpunkt liegt auf Konfliktprävention und Versöhnung sowie auf der Entwicklung eines gegenseitigen Verständnisses sowie der Internationalisierung der beteiligten akademischen Institutionen.

Modernisierung der Universitären Ausbildung: Aufbauend auf einem langjährigen Engagement für und eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit den bosnisch-herzegowinischen Universitäten wird seit 2006 gemeinsam mit dem Fürstentum Liechtenstein ein Projekt zur Modernisierung der universitären Ausbildung finanziert. Primär geht es dabei um den Aufbau nachhaltiger Qualitätssysteme an bosnisch-herzegowinischen Universitäten. Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit ist in diesem Sektor der größte bilaterale Geber in Bosnien und Herzegowina. Umgesetzt wird das Projekt vor Ort durch World University Service (WUS) Austria werden.

Förderung der touristischen Berufsbildung in Bosnien und Herzegowina: Das Konzept der Förderung einer effizienten und arbeitsmarktorientierten Berufsbildung im Bereich Tourismuswirtschaft soll nun nach erfolgreicher Implementierung in anderen südosteuropäischen Ländern auch in Bosnien und Herzegowina zu einer verbesserten Tourismusausbildung beitragen. Ziele sind einerseits Beschäftigung zu schaffen und andererseits die touristischen Potenziale der Regionen zu beleben. Die Maßnahmen umfassen Schulungen und Beratungen der Lehrenden, Unterstützung in der Entwicklung von Lehrmaterialien und Curricula sowie Aufbau von Infrastruktur.

Tragovi –Spuren im Gedächtnis: Die **Diakonie Auslandshilfe** (<http://auslandshilfe.diakonie.at/goto/de/ostzusammenarbeit/schwerpunktlaender/bosnien-und->) machte es zu ihrem Anliegen, die Möglichkeiten einer gewaltfreien Konfliktlösung aufzuzeigen und zu verbreiten. Sie unterstützt in diesem Rahmen das **Centar za nenasilnu akciju (Centre for Nonviolent Action –CNA)** (<http://www.nenasilje.org/>), eine Nicht-Regierungs-Organisation, 1997 in Sarajewo gegründet. Ihre Hauptaufgaben sieht sie in der Friedensstiftung, die grenzüberschreitende Kooperation und die Unterstützung gewaltfreien Handelns. Im Rahmen einer Reihe von Podiumsveranstaltungen erzählen ehemalige Kämpfer aus allen Ländern von Ex-Jugoslawien über ihre Erfahrungen im Krieg: Sie erzählen über ihr Leben als Soldaten,

wie sie zu Soldaten geworden sind und über ihre Motivation an dem Krieg teilzunehmen. Während des Kriegs und danach hat sich ihre Sicht der Dinge jedoch geändert, sie haben die Wichtigkeit einer gewaltfreien Konfliktlösung erkannt. Friedensaktivisten im CNA, fertigte dazu den Film „Tragovi“ („Spuren im Gedächtnis“) an. Der Film hat die Erfahrungen von Kriegsveteranen zum Inhalt und kann von pädagogisch geschultem Personal und von Menschen, die vor allem mit Jugendlichen arbeiten, für einen friedenspolitischen und pädagogischen Unterricht herangezogen werden. Ziel ist die Dialogfähigkeit von Jugendlichen und Erwachsenen in Hinblick auf Krieg und Nationalismus. Eine Filmvorführung samt Podiumsdiskussion fand im Oktober 2006 auch in Wien statt, dabei wurde der Film in bosnisch-kroatisch-serbischer Originalsprache mit deutschen Untertiteln präsentiert.

Österreichs Unterstützung der neuen Streitkräfte von Bosnien-Herzegowina:

Ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung von Bosnien-Herzegowina ist der Einsatz österreichischer Truppen im Rahmen der EUFOR-Mission **Bundesheer in Bosnien** (<http://www.bmlv.gv.at/ausle/eufor/index.shtml>). Durch diese Hilfe hofft man, eine Stabilisierung der Region zu erreichen, was die Aufnahme in die Europäische Union beschleunigen soll. Das österreichische Verteidigungsministerium erarbeitete an ein Balkanpaket, bei dem der Schwerpunkt auf Ausbildungsthemen, einem Erfahrungsaustausch und einem Wissensangebot über die Arbeitsweisen moderner Streitkräfte liegt. Darüber hinaus soll das Paket Möglichkeiten aufzeigen, wie Streitkräfte in demokratische Staatsstrukturen eingebunden werden können. Das Ziel der österreichischen Unterstützung ist eine verbesserte Ausrichtung der Reform der bosnischen Streitkräfte auf europäische und transatlantische Sicherheitsstrukturen. Dabei steht die Erreichung der Standards, die die **Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik** (<http://www.oeries.or.at/>) vorgibt, im Vordergrund.

Tabelle 4:
Die bilateralen Zuschüsse Österreichs an Bosnien und Herzegowina 2005 in €

PROJEKTTRÄGER	GEGENSTAND	AUSBEZAHLT
1. ADA Budget (Austrian Development Agency)		
Bildung		
WUS Austria	Unterstützung der Universitäten von BuH 2002/2003	39.855
WUS Austria	Unterstützung der Universitäten von BuH 2004/2005	210.000
WUS Austria	Support to the Higher Education in Bosnien und Herzegovina 2005-2007	380.000
Gesundheit und Programme für Bevölkerung und reproduktive Gesundheit		
HOPE 87	Unterstützung kriegstraumatisierter Kinder und Jugendlicher	2.989
Wasserversorgung und sanitäre Einrichtungen		
KPC	Projektassistenz: projektübergr. / Institutionelle Absicherung der österr. Maßnahmen im Wassersektor - BiH Phase II/Monitoring	16.000
KPC	Projektassistenz projektübergr.: Institutionelle Absicherung der österr. Maßnahmen im Wassersektor - BiH Phase II/Monitoring	37.088
KPC	Projektassistenz zu 7708-00/99 / Wasserversorgung Tesanj II / Projektcontrolling II	37.345
KPC	Projektassistenz zu 7563-00/99: Institutionelle Stärkung Wasserwerk Tesanj / Projektcontrolling III	43.344
Heger	Wasserversorgung Tesanj II - Wasseraufbereitungsanlage	26.288
Hydro Gmbh	Institutionelle Stärkung des Wasserwerkes Srbac - Phase II	6.358
Posch & Partner GmbH	Institutionelle Stärkung Wasserwerk Tesanj	6.608
Hydro Gmbh	Institutionelle Stärkung des Wasserwerkes Laktasi - Phase II	38.035
SETEC	Institutionelle Unterstützung des Wasserwerkes Busovaca - Phase II	6.594
SETEC	Institutionelle Stärkung des Wasserwerkes Mrkonjic Grad - Phase II	6.048
Regierung/Zivilgesellschaft		
UNDP Bosnien	Early Warning System in BiH	96.694
Indirect Tax Authority	Unterstützung des Governing Board der Indirect Tax Authority/BiH	150.000
IBRD	WBI Country Program for Bosnia-Herzegovina	650.000
Hilfswerk Austria	Unterstützung des bosnisch-herzegowinischen Verfassungsgerichtshofs - Sanierung	24.628

OHR	Unterstützung des bosnisch-herzegowinischen Straftribunals für Kriegsverbrechen	180.000
GTZ	Schaffung einer modernen Grundbuchsverwaltung	308.000
Kabelka, Dr. Gertraude	Schaffung einer modernen Grundbuchsverwaltung (Monitoring)	9.928
Assoc. Bosnia & Herzegowina	Cultural Capitals and Emancipatory Change in BiH: New Agents and Critical Social Movement	13.000
Assoc. Bosnia & Herzegowina	Cultural Capitals and Emancipatory Change in BiH: new Agents and Critical Social Movement	25.000
ITF	ITF, Support of Demining Programme in Bosnia-Herzegovina	-21.050
ITF	Support to Integrated Community Mine Action Plans in Bosnia Herzegowina	500.000
Sonstige soziale Infrastruktur		
Licht für die Welt	NRO-Kofinanzierungsprojekt: Verbesserung der Ausbildung von blinden und sehbehinderten Kindern und Jugendlichen, Bosnien & Herzegowina	18.000
Licht für die Welt	NRO-Kofinanzierungsprojekt: Integration von Menschen mit Behinderung in Gemeinden von Bosnien-Herzegowina	10.000
Industrie		
TALDi Tuzla	Existenzgründerinnen-Programm - Gründung eines Business Start-Up Centres zur Vermittlung von Wissen zur Unternehmensgründung.	179.135
Reinprecht & Reinprecht OEG	Monitoring zum Projekt 7589-00/1998 - Österreichische Kreditlinie für bosnische Unternehmer: KMB-Förderung	3.225
ZSI	Projektassistenz zu 7998-00/2003: Existenzgründerinnen-Programm / Tuzla/BiH	15.000
ZSI	Projektassistenz zu 7998-00/2003: Existenzgründerinnen-Programm / Projektcontrolling	5.680
multisektorielle Programme / Ländliche Entwicklung		
REC - Bosnia & Herzegovina	Unterstützung von Projekten bosnischer Umwelt-NGOs	70.000
ZSI	Projektassistenz zu 7998-00/2003 / 6. EU-Forschungsprogramm f. Bosn. Herzeg.	2.414
Zwischensumme ADA-Budget		3.096.206
2. Andere Ministerien		
KulturKontakt	Projekte der Kulturkontakt - Bildungskoooperation: Unterstützung und Reformen des Bildungssystems	56.937
n.a.	Beauftragte für Bildungskoooperation - Entsendung von Lehrer-ExpertInnen	88.301
n.a.	Sommerssprachkurse	3.000
n.a.	Bildungskoooperation: DaF-Lehrerfortbildung (Deutsch als Fremdsprache)	900
n.a.	Universitätspartnerschaft - Kurzstipendien	72.000
n.a.	Hochschul- bzw. Postgraduate Stipendien des bm:bwk	1.100
n.a.	Indirekte Studienplatzkosten (1.285 Pers.)	9.877.783
n.a.	EUPM - beobachtende und beratende Polizeimission unter Führung der EU	311.500
ÖBH	Leistungen des österreichischen Bundesheeres für Projekte im Rahmen der „Civil Military Cooperation“ in Bosnien & Herzegowina, Personal und Logistik	67.348
ÖBH	Bilaterale (personelle) Beteiligung an der unter UN-Mandat (SC Res. 1575) stattfindenden Friedensmission EUFOR ALTHEA (30% für ODA)	3.599.230
KulturKontakt	KulturKontakt-Projekte im Bereich Kultur-/Kunstförderung und -kooperation	22.258
OeKB	Zinssatzreduktion zu Umschuldung BOSNIEN I im Rahmen des Pariser Klubs	3.049.025
n.a.	Bundesbetreute AsylwerberInnen, Kostenanteil Bund	321.379
Zwischensumme Andere Ministerien		17.470.761
3. Bundesländer und andere öffentliche Stellen		
WIFI Österreich	Managementlehrgänge	48.960
lokale Verwaltungsbehörde	Bildungsprojekt für Schulkinder zum Schutz vor Landminen in Sarajevo	5.000
CARITAS Linz	Tagesheimstätte für Menschen mit Behinderungen in Nazaret	15.000
CARITAS Linz	Lebensmittellieferungen für sozial Bedürftige	5.000
n.a.	Bundesbetreute AsylwerberInnen, Kostenanteil Länder	214.252
Hilfswerk Austria	Unterstützungsfond zur Hilfe für Rückkehrer - Wiederaufbau von Häusern und Infrastruktur	10.000
Zwischensumme Bundesländer und andere öffentliche Stellen		298.212

Private Entwicklungszusammenarbeit

In einer vom Fernsehen initiierten Aktion („Nachbar in Not“) (<http://oe3.orf.at/nachbarinnot/stories/93869/>) spendete die österreichische Bevölkerung insgesamt 1,7 Milliarden ATS für die Opfer des Zerfalls des ehemaligen Jugoslawiens. Sie war begründet in der Idee, zusätzlich zur staatlichen Hilfe eine private, humanitäre Hilfsaktion mit Unterstützung des ORF zu starten und die Menschen in Österreich zu Spenden für die Flüchtlinge und Vertriebenen im Nachbarland aufzurufen. Der damalige ORF-Generalsekretär und „Licht ins Dunkel“-Begründer Kurt Bergmann fand in Caritas und Rotes Kreuz Partner mit funktionierenden Hilfsmöglichkeiten vor Ort. Es entstand ein Netzwerk der Hilfe zwischen dem Medienpartner ORF, der in Spots zu Spenden aufrief sowie den zwei österreichischen Partnern Caritas und Rotes Kreuz. Die gemeinsame Aktion war vorerst nur für wenige Wochen geplant - wurde aber innerhalb kürzester Zeit zur größten privaten Hilfsaktion auf dem Balkan und zu einem international anerkannten Zeichen der Solidarität mit den Opfern. Auf diese Weise konnten sowohl Lebensmittelhilfe für Betroffene als auch humanitäre Hilfsmaßnahmen in Bosnien und Herzegowina finanziert und mithilfe verschiedener österreichischer NGOs vor Ort abgewickelt werden. Neben den Stiftern Caritas und Rotes Kreuz waren das Hilfswerk, die Volkshilfe, die Diakonie, der Maltester Hospitaldienst, der Arbeiter-Samariter-Bund sowie Care Kooperationspartner. Auch die österreichische Bundesregierung beteiligte sich an der Spendenaktion. Der überwiegende Teil der Projekthilfe in Bosnien und Herzegowina wurde anfänglich mit diesen Spendengeldern finanziert. Organisationen wie das Österreichische Hilfswerk, die Caritas und das Österreichische Rote Kreuz meldeten zwischen 20-30 Mio. ATS jährlich, die für diverse Projekte der humanitären Hilfe vor Ort ausgegeben wurden. Unter den beteiligten Organisationen organisierten Caritas, Rotes Kreuz, die Volkshilfe und das Österreichische Hilfswerk Hilfstransporte, sicherten die Versorgung von Kindern und Flüchtlingen mit Lebensmitteln, Medikamenten und Kleidung und leistete Unterstützung beim Wiederaufbau, Hope 87 setzte ein Programm zur Rehabilitation Kriegsversehrter um, dabei wurden auch medizinische und sozialmedizinische Einrichtungen aufgebaut und Ausbildungsprogramme für kriegsversehrte Kinder und Jugendliche gestartet. UNICEF, Rettet das Kind und SOS Kinderdorf international waren in der Versorgung traumatisierter Kinder und im Wiederaufbau/Infrastruktur von Schulen, Tagesheimstätten und Kindergärten tätig. Zu Kriegsende waren es insgesamt 24 Mio. ATS, die von NGO-Seite an Hilfe gemeldet wurden. Ab 2001 gingen die Leistungen für Nothilfe (Lieferung von Hilfsgütern) an Bosnien stark zurück – in den vergangenen Jahren waren es nur mehr 500.000 € jährlich. Auch heute noch sind dieselben Organisationen vor Ort tätig allerdings mit weit geringerem Budget: das ÖRK finanziert nach wie vor Hilfslieferungen und Unterstützung für Gesundheitseinrichtungen, die KOO-Mitgliedsorganisationen sind im Bereich der Katastrophenhilfe und EZA-Maßnahmen in den Sektoren Bildung und Gesundheit aktiv. Die Christoffel Blindenmission (CBM) engagiert sich im Bereich der Versorgung Kriegsversehrter durch den Aufbau orthopädischer Werkstätten und die Diakonie Österreich versorgt RollstuhlfahrerInnen mit Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten.

SOS-Kinderdorf International unterstützt lokale Kinderdörfer.

Tabelle 5 :
Zuschüsse der NGOs an Bosnien und Herzegowina 2005 (in €) *

PROJEKTRÄGER	GEGENSTAND	AUSBEZAHLT
KOO-Mitgliedsorganisationen	Leistungen der KOO-Mitgliedsorganisationen auf dem Sektor „Bildung“ aus privaten Mitteln	14.844
Licht für die Welt	Ausbildung von blinden und sehbehinderten Kindern und Jugendlichen	14.841
Diakonie Auslandshilfe	Lebensmittel für integrativen Kindergarten Mostar	5.000
Doctors for the Disabled	Pflegegeld für Schwerstbehinderte in Armut	30.000
Doctors for the Disabled	Hüft-Endoprothesen für in Armut lebende Patienten	7.100
Licht für die Welt	Soziales Hüftprojekt Sarajewo	7.009
ÖRK	Lieferung von Medikamente	40.168
KOO-Mitgliedsorganisationen	Leistungen der KOO-Mitgliedsorganisationen im Sektor „Soziales/Wohlfahrt“ aus privaten Mitteln	164.855
SOS Kinderdorf	Unterstützung für Kinder in SOS-Kinderdörfern	78.556
Licht für die Welt	Behindertenintegration in Gemeinden	10.016
KOO-Mitgliedsorganisationen	Humanitäre Hilfsleistungen der KOO-Mitgliedsorganisationen aus privaten Mitteln	34.809
KOO-Mitgliedsorganisationen	Sektoruell nicht zuordenbare Leistungen der KOO-Mitgliedsorganisationen aus privaten Mitteln	55.703
SUMME NGOs		462.900

Quelle: ADA/ OEZA-Statistik; * erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, da nur jene Projekte erfasst werden konnten, die an die OEZA-Statistik gemeldet wurden.

Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und Bosnien Herzegowina

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und Bosnien und Herzegowina blicken auf eine lange Tradition zurück. Eine starke Rolle haben dabei Gemeinschaftsunternehmen und Kooperationsbeziehungen sowie historisch gewachsene bilaterale Beziehungen im politischen und kulturellen Bereich gespielt. Bosnien-Herzegowina gilt auf Grund seiner politischen Entwicklung der Vergangenheit als schwieriger Markt, Österreich ist aber, u.a. wegen seiner historischen Beziehungen, im lokalen Markt gut positioniert. Vom allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung in Bosnien und Herzegowina konnte vor allem die österreichische Baustoff- und Bauhilfsstoffindustrie profitieren. Einen weiteren Impuls erfuhr die wirtschaftliche Kooperation durch die Unterzeichnung des bilateralen **Investitionsförderungs- und Investitionsschutzvertrag** (http://www.bmwa.gv.at/BMWA/Presse/Archiv2003/20030424_01.htm)

im Oktober 2001.

Heute nützt Österreichs Wirtschaft ihre Chancen auf dem rasch wachsenden bosnischen Markt gezielt und versucht dabei auf jenen Kontakten zwischen Österreich und Bosnien-Herzegowina aufzubauen - in diesem Zusammenhang insbesondere mit der Republika Srpska auf wirtschaftlichem Gebiet. Mittlerweile entspricht das Exportvolumen nach Bosnien und Herzegowina etwa jenem nach Indien. Ausfuhrseitig sind insbesondere Maschinenbauerzeugnisse und bearbeitete Waren hervorzuheben, die alleine rund 55% der österreichischen Lieferungen ausmachen. Vor allem die massiv gestiegenen Ausfuhren von Nachrichtengeräten und Pkws waren für diese Entwicklung verantwortlich. Auf dem Hochbausektor zeichnet sich das Ende der Wiederherstellungsphase von beschädigten und zerstörten Gebäuden, hin zum Neubau von Wohnhäusern und kommerziell genutzten Gebäuden ab. Auch im Jahr 2005 stieg der **Warenaustausch zwischen Österreich und Bosnien und Herzegowina** (http://wko.at/awo/publikation/laenderprofil/lp_BA.pdf) erneut, Die österreichischen Exporte betragen 285,07 Millionen € (+25,4%) und die Importe 104,32 Millionen € (+27,9%). Bei Letzteren überwiegen bearbeitete Produkte, Fertigwaren und Rohstoffe.

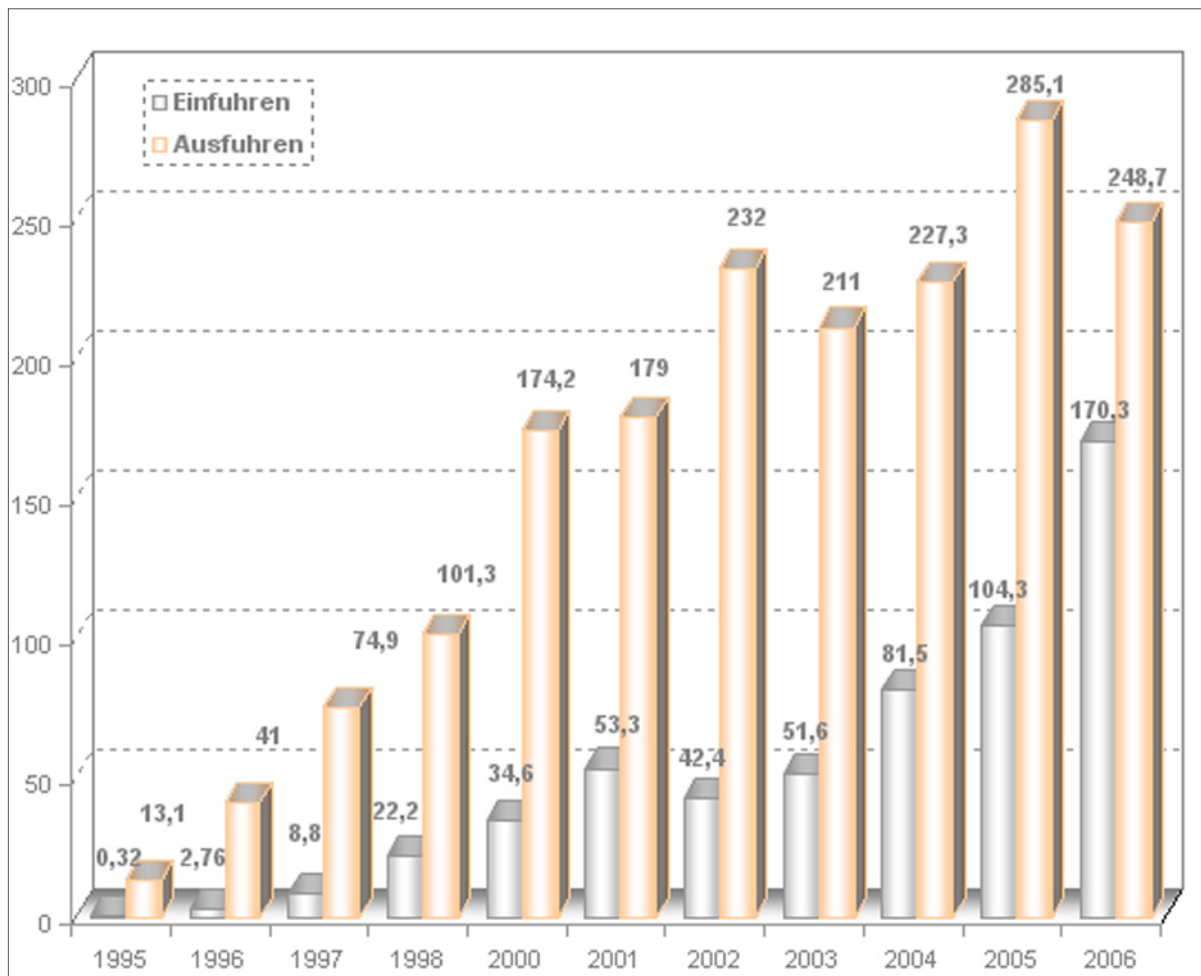
Schwierigkeiten stellen nach wie vor komplizierte Entscheidungsebenen in Gesetzgebung und Verwaltung wie auch ein unüberschaubares Steuer- und Abgabensystem, das derzeit einer grundlegenden Reform unterzogen wird, dar. Sehr gute Chancen bieten sich aber in Bosnien und Herzegowina im kommunalen Infrastrukturbereich, insbesondere aber auf dem umwelttechnischen Sektor, wo es beachtlichen Nachholbedarf gibt oder bei der Sanierung und dem Ausbau des Straßennetzes. Die österreichische Wirtschaft rechnet aufgrund des österreichischen Know-Hows und der Kompetenz österreichischer Unternehmen im Bereich Infrastruktur auch mit Chancen im Zuge der Schaffung eines einheitlichen Binnenmarktes sowie im Rahmen des Privatisierungsprozesses und rechtlicher und administrativer Reformen.

Nach dem Krieg übernahm Österreich eine Vorreiterrolle bei Investitionen in der produzierenden Industrie und dem Bankensektor. In der Übergangsphase von einer staatlich gelenkten Wirtschaft zu einer Marktwirtschaft konzentrierten sich diese Investitionen vor allem auf die Bereiche Fahrzeugmontage und -zulieferindustrie, Bauindustrie/Zement, Rohstoffverarbeitung/Aluminium und die regionale Milchwirtschaft. Österreich zählt mittlerweile zu den bedeutendsten Auslandsinvestoren im Partnerland - wobei vorwiegend in den **Produktionsbereich** (http://wko.at/service/westbalkan_lebensmittel.pdf) investiert wird- und spielt eine bedeutende Rolle im Rehabilitierungsprozess der bosnisch-herzegowinischen Infrastruktur und Wirtschaft. Insgesamt investierten österreichische Unternehmen bisher rund **1,2 Milliarden €** (<http://www.bmwa.gv.at/NR/rdonlyres/063A3F78-10FC-4EBA-AE07->) in Bosnien und Herzegowina und sind mit 135 Niederlassungen, Beteiligungen oder Joint Ventures vor Ort vertreten Österreich ist damit der größte ausländische Investor . Voraussichtlich werden österreichische Unternehmen auch in Zukunft in den Schlüsselindustrien, wie der papierverarbeitenden und der petrochemischen Industrie, sowie auf dem Energie- und Telekommunikationssektor eine wichtige Rolle spielen. Um die laufenden Wirtschaftsbeziehungen noch voranzutreiben werden von der österreichischen Handelsdelegation in Sarajevo in regelmäßigen Abständen Marktsondierungsreisen und verschiedene Fachseminare –so zum Beispiel zum Privatisierungsprozess- geplant. Auch im Rahmen der ADA-Wirtschaftspartnerschaften, die in Kooperation mit der **Außenwirtschaft der WKO (AWO)** (<http://www.austriantrade.org/bosnia-herzegovina/en/>) ein eigenes Programm dazu starteten, wurde im September 2006 ein **Länderforum zu Bosnien-Herzegowina** (http://portal.wko.at/wk/dok_detail_file.wk?AngID=1&DocID=568529&StID=273886) veranstaltet.

Als ein viel versprechender Wirtschaftszweig Bosnien-Herzegowinas hat der Tourismus in den Entwicklungsprogrammen des Landes eine zentrale Stellung. Auch die Unterstützung bilateraler und multilateraler Geberinstitutionen bündelt sich in diesem Bereich, sodass diverse Vorarbeiten für Investitionen -Machbarkeitsstudien und Generalpläne für einige Projekte- getätigt werden konnten. In diesem Zusammenhang plant die Außenhandelsstelle Sarajevo im September 2007 eine Marktsondierungsreise „Tourismusentwicklung in Bosnien-Herzegowina“ . Dabei sollen sich die Teilnehmer mit der Tourismusdestination Bosnien-Her-

zegowina vertraut machen und Investitionschancen und Liefermöglichkeiten kennen lernen.

Grafik:
Außenhandel Österreichs mit Bosnien und Herzegowina (in Mio. €)



Vertragsübersicht: 10 Bilaterale Staatsverträge zwischen Österreich - Bosnien und Herzegowina (http://www.bmeia.gv.at/kultur/view.php3?r_id=257&LNG=de&version=&submit=1&mode=country)

ANHANG

Wichtige Adressen

Österreichische Botschaft

Dzidzikovac 7, 71000 Sarajevo

Tel.: +387 33 279 400 (Amt ISDN) oder 279 419 (Konsulat ISDN)

Fax: +387 33 668 339

E-Mail: sarajewo-ob@bmaa.gv.at

Koordinationsbüro Ostzusammenarbeit

Titova 46/2, 71000 Sarajevo

Tel. und Fax: +387 33 66 79 51

E-Mail: sarajevo@ada.gv.at

Botschaft und Konsularabteilung der Botschaft von Bosnien und Herzegowina

Tivoligasse 54, 1120 Wien

Tel.: +43 1 811 85 55

Fax: +43 1 811 85 69

E-Mail: bihembassyvienna@diplomats.com

Honorarkonsulat von Bosnien und Herzegowina

Eißlgasse 4, 8047 Graz

Tel.: +43 0 664 30 40 400

Fax: +43 0 316 30 50 40

E-Mail: joerg_hofreiter@yahoo.com

Permanent Mission of Bosnia and Herzegovina to the International Organizations in Vienna

Heinrichsgasse 4 Top3, 1010 Wien

Tel.: +43 1 812 22 56

Fax: +43 1 526 47 41

E-Mail: office@bhmission.at

NGO´s und Firmen sind auf [eza.at](http://www.eza.at) (<http://www.eza.at/search2.php?tar=o>) abrufbar.

Wichtige Webadressen:

Deutschsprachige Länderinformationen zu Bosnien und Herzegowina gibt es bei folgenden Organisationen:

Munzinger-Archiv:

<http://www.munzinger.de/search/query?f=query&qid=query-03>

Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten:

http://www.bmeia.gv.at/view.php3?f_id=1423&LNG=de&version=&right=1

Austrian Development Agency:

http://www.ada.gv.at/view.php3?f_id=7978&LNG=de&version=&right=1

Wirtschaftskammer Österreich:

http://portal.wko.at/wk/startseite_th.wk?AngID=1&SbID=380&DstID=0&intTMSearchCount=1

Enzyklopädie des Europäischen Ostens der Universitäten Klagenfurt und Graz:

https://claroline.uni-klu.ac.at/eeo/index.php/Bosnien_und_Herzegowina

Eine Zusammenstellung ausgewählter Links zu Bosnien und Herzegowina ist über [eza.at](http://www.eza.at/index1.php?menuid=4&submenuid=240#bos) (<http://www.eza.at/index1.php?menuid=4&submenuid=240#bos>) abrufbar.

Eine Liste von Österreichischen Organisationen , die in Bosnien und Herzegowina tätig sind kann über [eza.at](http://www.eza.at/search.html) (<http://www.eza.at/search.html>) abgerufen werden.

VERWENDETE UND WEITERFÜHRENDE LITERATUR

Ackermann, Ulrike

Der Umgang mit dem Totalitären. Projektionsfläche Bosnien: ein deutsch-französischer Intellektuellenstreit, in: *Mittelweg* 36. 4(1995),3; S. 32-48

Albrecht, Gernot Friedrich

Muslimen in Bosnien-Herzegowina : Identitäten, politische Entwicklungen, Abkommen von Dayton. Wien, Univ., Dipl.-Arb., 2002

Allock, John B.

Explaining Yugoslavia. London 2000

Antholz, Birger

Bosnien-Krieg. Krakow: Carewicz, 1996

Bächler, Günther

Bosnien-Herzegowina bis zum bitteren Ende. Hat die internationale Gemeinschaft den Krieg verloren? in: *Leviathan*. 21(1993),3; S. 374-390

Benedek Wolfgang (Hg.)

Menschenrechte in Bosnien und Herzegowina. Wissenschaft und Praxis / . - Wien [u.a.] : Böhlau , 1999 . - 355 S.

Bieber, Florian

Post-war Bosnia : ethnicity, inequality and public sector governance / Basingstoke [u.a.] : Palgrave Macmillan , 2006 . - XVI, 181 S.

Calic, Marie-Janine : Krieg und Frieden in Bosnien-Herzegowina / Marie-Janine Calic . - Erw. Neuausg., 5. [Aufl.] . - Frankfurt am Main : Suhrkamp , 2002 .

Calic, Marie-Janine: Der Krieg in Bosnien-Herzegowina. Ursachen - Konfliktstrukturen - internationale Lösungsversuche

Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1995

Calic, Marie-Janine: Ethnische Konflikte in Bosnien-Herzegowina. Eine strukturelle Analyse.

In: Gerhard Seewann (Hrsg.): Minderheiten als Konfliktpotential in Ostmittel- und Südosteuropa. München: Oldenbourg, 1995; S. 154-173

Dierks, Dennis

Die Darstellung der bosnischen Geschichte in der österreichischen Historiographie vor 1918
Wien, Univ., Dipl.-Arb., 2005

Doubt, Keith

Sociology after Bosnia and Kosovo. Recovering Justice
Lanham, 2000

Džihic, Vedran. Europa - verflucht begehrt : Europavorstellungen in Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien

Wien : Braumüller , 2006 . - X, 301 S.

Farkas-Erlacher, Barbara

Psychologen betreuen Kriegsflüchtlinge aus Bosnien. Teil 1. in: *Psychologie in Oesterreich*. 13 (1993),1/2; S. 17-20

Farkas-Erlacher, Barbara

Psychologen betreuen Kriegsflüchtlinge aus Bosnien. Teil 2. in: *Psychologie in Oesterreich*. 13 (1993),3; S. 70-74

Halpern, Joel M. (Hg.)

http://www.oefse.at/publikationen/laender/bosnien_herzegowina.htm

Neighbors at war : anthropological perspectives on Yugoslav ethnicity, culture, and history
Pennsylvania State Univ. Press , 2000

Hawkesworth, Celia
Voices in the shadows : women and verbal art in Serbia and Bosnia
Budapest: Central European Univ. Press , 2000

Hazdra, Peter
Die OSZE-Mission in Bosnien-Herzegowina. in: österreichische Militärische
Zeitschrift. 34(1996),6;

Hoare, Marko Attila
How Bosnia armed. London : Saqi Books , 2004

Jabandžić, Nada
Wenn der Krieg patriotisch ist, ist der Frieden matriotisch? : zur Krise der bosnischen Identität
Klagenfurt / Celovec/ Wien: Wieser , 2005

Jäger, Friedrich
Bosniaken, Kroaten, Serben : ein Leitfaden ihrer Geschichte /
Frankfurt am Main ; Wien: Lang , 2001

Japic, Mirsad
Die Frage der nationalen und konfessionellen Gleichberechtigung in Bosnien und der Herzego-
wina : 1878 - 1914
Wien, Univ., Dipl.-Arb., 2001

Karger, Adolf
Das Leopardenfell. Zur regionalen Verteilung der Ethnien in Bosnien-Herzegowina. in: Osteur-
opa. 42(1992),12; S. 1102-1111

Kesselring, Agilolf (Hg.)
Bosnien-Herzegowina / im Auftr. des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes Paderborn ;
Wien: Schöningh, 2005

Köster-Hetzendorf, Maren
Das Rote Kreuz und seine Beachtung im Krieg um das ehemalige Jugoslawien mit Schwerpunkt
Bosnien-Herzegowina. in: Erwin A. Schmidl (Hg.): Freund oder Feind? Kombattanten, Nicht-
kombattanten und Zivilisten in Krieg und Buergerkrieg seit dem 18. Jahrhundert.
Frankfurt am Main: Lang, 1995; S. 151-168

Koslowski, Gerd
Die NATO und der Krieg in Bosnien-Herzegowina. Deutschland, Frankreich und die USA im in-
ternationalen Krisenmanagement.
Vierow bei Greifswald: SHVerlag, 1995

Koller, Markus
Bosnien an der Schwelle zur Neuzeit : eine Kulturgeschichte der Gewalt (1747 - 1798) Mün-
chen : Oldenbourg , 2004

Loretz, Andreas
Die öffentliche Ostförderung Österreichs, in: Bea de Abreu Fialho Gomes/Irmi Maral-Hanak/
Walter Schicho (Hg.):Entwicklungszusammenarbeit.Akteure, Handlungsmuster und Interes-
sen, Wien: Mandelbaum Verlag 2006, 145-164.

Lovrenovic, Ivan
Bosnien und Herzegowina. Eine Kulturgeschichte.
Wien/Bozen: Folio Verlag 1998

Lugert, Alfred; C. Werner Varga
Die Zukunft von Bosnien und Herzegowina : [Verantwortung für die Zukunft des eigenen Lan-
des ; Einstellungen und Meinungen von Vertretern führender Bevölkerungsgruppen in Bosnien
und Herzegowina zur zukünftigen Entwicklung ihres Landes]
Wien : Landesverteidigungsakad., IFK, 2005

Martin, Barbara
UNESCO-gestützte Aktivitäten zur Wiederherstellung der National- und Universitätsbibliothek Bosniens und der Herzegowina. in: Suedosteuropa Mitteilungen. 35(1995),1; S. 64-69

Mueller, Stephan; Richter, Andreas; Angeli, Paul
„Ethnische Saeuberungen“ in Bosnien-Herzegowina. Eine Untersuchung am Beispiel der Stadt Zvornik in Nordostbosnien. in: Südosteuropa. 44(1995),5; S. 290-309

Oschlies, Wolf: „Bosnier“, „Bosnjaken“, „bosnische Muslime“. Zu den ethnischen und religiösen Dimensionen des Kriegs in Bosnien-Herzegowina.
Köln: Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien (BOIS), 1993

Petritsch, Wolfgang: Bosnien und Herzegowina fünf Jahre nach Dayton: hat der Friede ein Chance? Mit einem Essay von Michael Freund
Klagenfurt : Wieser , 2001 .

Plate, Bernard von
Friedenssicherung in Bosnien. Bewährungsprobe für die OSZE. in: Information für die Truppe. 40(1996),4; S. 40-48

Rathfelder, Erich: Schnittpunkt Sarajewo. Mit einem Vorwort von Christian Schwarz-Schilling.
Berlin, Verlag Hans Schiler. 2006.

Rehder P. (Red.)
Das neue Osteuropa von A bis Z. München. 2002

Schild, Georg
Die USA und der Bürgerkrieg in Bosnien. in: Aussenpolitik. 47(1996),1; S . 22-32

Sopf, Davor
Perspektiven der Repatriierung von Flüchtlingen in Bosnien und der Herzegowina. in: Südosteuropa Mitteilungen. 36(1996),1; S. 14-20

Dokumente zum Friedensabkommen von Dayton für Bosnien-Herzegowina. in: Internationale Politik. 51(1996),1; S. 71-98


Eine Online-Bibliographie zum Bosnien-Krieg Herausgegeben von der Bibliothek des Hamburger Instituts für Sozialforschung. (<http://www.his-online.de/cms.asp?IDN=349&H='810'>)

<http://www.his-online.de/cms.asp?IDN=349&H='810'> , MA, <http://www.kakanien.ac.at/beitr/fallstudie/ALipa1.pdf> The Austro-Hungarian Period in Bosnia and Herzegovina. Cultural Politics in Bosnia and Herzegovina and the Creation of the Western Type of Art

Medieninhaber und Hersteller:
Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung (ÖFSE)
A-1090 Wien, Berggasse 7
Telefon: (+43 1) 317 40 10
e-mail: office@oefse.at
internet: <http://www.oefse.at>, <http://www.eza.at>

Grafische Gestaltung: Alexandra Erös
Copyright © 2007 Österreichische Forschungsstiftung
für Internationale Entwicklung

finanziert durch die

 **Österreichische
Entwicklungszusammenarbeit**